

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Die Gewalt als Geburtshelfer der „Eisernen Front“

Brüchige Front!

Erpressungsmanöver sollen den Bankangestellten-Verband gefügig machen

Wie man „Eiserne Front“ bildet

Vergewaltigung Andersdenkender

Wie wir hören, spielt sich zur Zeit innerhalb des Afa-Bundes eine wenig erfreuliche Tragödie bezüglich des Anschlusses an die Eiserne Front ab. Es ist geradezu ein Skandal, wenn man hört, daß man eine geschlossene Organisation — in diesem Falle den Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten — vor die Entscheidung stellt,

„entweder bedingungsloser Anschluß an die Eiserne Front oder Ausschluß aus dem Afa-Bund“.

Die Vorgänge zu dieser Stellungnahme sind uns sehr gut bekannt, und wir werden sie nachstehend der gesamten Berliner Angestelltenschaft, insbesondere den Afa-Mitgliedern, zur entsprechenden Beurteilung unterbreiten.

Am 14. Dezember wurde in der Funktionärversammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten folgende Entschließung angenommen:

„Durch die von der Reichsregierung erlassenen Bestimmungen der 4. Notverordnung vom 9. 12. 1931 wird der Lebensstandard der arbeitenden Klasse infolge der hier verfügbaren starken Herabminderung des Lohnniveaus in nicht mehr erträglichem Maße weiter gesenkt. Entgegen allen ökonomischen Erkenntnissen und Notwendigkeiten wird dadurch die jetzt schon geringe Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger noch mehr geschwächt, was praktisch zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit und zur weiteren Verelendung dieser Schichten führt. Die verhältnismäßig nur geringe Senkung der Mieten und des wieder einmal versprochenen Preisabbaues bedeuten auch nicht im entferntesten einen Ausgleich für den Abbau der Löhne und Gehälter. Darüber hinaus werden

durch diese Notverordnung die elementarsten Grundrechte des Tarifwesens beseitigt.

Jeder Eingriff in diese Rechte ist aber von den freien Gewerkschaften stets als unannehmbar bezeichnet worden. Die Durchführung dieser Bestimmungen der Notverordnung würde die noch vorhandene Kampfkraft der freien Gewerkschaften vernichten. Daher ist der Kampf gegen die Notverordnung und für eine Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter und Angestellten mit allen gewerkschaftlichen Mitteln sofort aufzunehmen. Dieser Kampf kann jedoch nur erfolgreich geführt werden, wenn auch die den freien Gewerkschaften nahestehende politische Partei nicht weiter den Bestand einer Regierung ermöglicht, deren Politik die systematische Verelendung der arbeitenden Klassen zur Folge hat.

Der Afa-Bund wird aufgefordert, sich mit allen Kräften, auch durch seine Vertreter innerhalb der politischen Parteien, für diese Forderung einzusetzen.“

In einer Versammlung der Mitglieder des AV Betriebsgruppe Reichskreditgesellschaft A.-G. am 20. Januar 1932 wurde nachstehende

Resolution gegen wenige Stimmenthaltungen angenommen:

Resolution

der am 20. Januar 1932 versammelten Mitglieder des allgemeinen Verbandes Berlin, Betriebsgruppe Reichskreditgesellschaft A.-G.:

„Die Grundauffassung der freien Gewerkschaften von der Unüberbrückbarkeit der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit muß diese veranlassen, in Krisenzeiten besonders sichtbar andere Wege zu gehen als die entsprechenden bürgerlichen Organisationen. Die Erkenntnis, daß dieser Gegensatz ständig, auch in Zeiten der Konjunktur, besteht, muß für die freien Gewerkschaften zu der Konsequenz führen, daß man alles daran zu setzen hat, dem Kapitalismus in dieser für ihn schwachen Stunde den Todesstoß zu versetzen.“

Eine Tolerierung der zum Zweck der Erhaltung des kapitalistischen Systems erlassenen Notverordnungen, durch die dem Afa-Bund nahestehende SPD, insbesondere die dieser Partei angehörenden Mitglieder der Afa-Verbände, ist demzufolge in höchstem Maße gewerkschaftsschädigend und untergräbt die Aktionsfähigkeit und damit letzten Endes das Bestehen der freien Gewerkschaften.

Wenn der Afa-Bund der immer deutlicher werdenden Forderung der gewerkschaftlich organisierten, den Faschismus jeder Färbung zu bekämpfen, so entsprechen zu können glaubt, daß er sich zusammen mit den bürgerlichen Spitzen-Körperschaften (Hirsch-Duncker und Christliche) führend an der Bildung der sogenannten „Eisernen Front“ beteiligt, so muß der Eindruck entstehen, daß es der Führung zur Beruhigung der Massen nur um Bewegung an sich zu tun ist. In Wirklichkeit bedeutet ein solches Vorgehen nicht nur eine

weitere Unterstützung der arbeitfeindlichen Brüning-Regierung,

sondern auch eine freiwillige Aufgabe der besonderen Stellung der freien Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterorganisationen überhaupt. Durch den Umstand, daß die „Eiserne Front“ sich lediglich auf diejenigen Teile der Arbeiterschaft stützt, die trotz bitterster Erfahrungen seit 1918 noch immer demokratischen Illusionen nachhängen, trägt sie praktisch zur Spaltung der kapitalistischen System ablehnenden klassenhewußten Arbeiter bei und reiht sich in die Front des Klassenfeindes ein.

Die Versammelten fordern demzufolge von den zuständigen Verbandsinstanzen, daß sie beim Afa-Ortskartell

schärfsten Einspruch erheben gegen die Beteiligung des Afa-Bundes an der Bildung der eisernen Front zwischen den Arbeitern und Angestellten,

und alles unternehmen, um den Afa-Bund zur Aufgabe dieser verfehlten Aktion zu veranlassen. Die Verbändler der Erka sind vielmehr der Ansicht, daß der einzige Weg zur Verhinderung weiterer Verelendung auch der Angestelltenschaft die

Herstellung der proletarischen Einheitsfront sowohl gegen die Notverordnungen als auch gegen den Faschismus

ist. Sie erwarten daher von den Verbandsinstanzen, daß sie sich im Ortskartell mit aller Entschiedenheit für diese Forderung einsetzen, deren Realisierung nur durch Herantreten an die SPD und KPD sowie alle anderen proletarischen Organisationen zwecks Bildung einer einheitlichen Klassenfront zu erreichen ist.

Die Anwesenden verpflichten den Betriebsgruppenvorstand, in der nächsten Mitgliederversammlung Bericht über die unternommenen Schritte und deren Resultat zu erstatten.“

Die Stellungnahme der Körperschaften des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten zu der Eisernen Front können wir wie folgt kurz zeichnen:

I. In der Zentralvorstandssitzung vom 28. Januar wurde in einer ausgiebigen Debatte die Propagierung der Eisernen Front abgelehnt. Man kam dahin überein, daß man es jedem Mitglied überlassen solle, sich entsprechend seiner Einstellung für oder gegen die Eiserne Front zu entschließen. Ein Beschluß wurde hierüber nicht gefaßt.

II. Der Führer des AV., Gen. Karl Emonts, sprach sich in einer Versammlung der Liga für Menschenrechte gegen die Eiserne Front aus, und der Höhepunkt seiner Ausführungen seinerzeit war in die Worte gekleidet, daß die Eiserne Front nichts anderes sei als lediglich eine Umetikettierung für die Partei des kleineren Uebels, deren Zugkraft im Versiegen sei. Weiter bemerkte er sehr treffend, daß

ohne zielklare sozialistische Parolen die Herrschaften kein Hündchen hinter dem Ofen hervorlocken würden.

Diese Stellungnahme wurde in der Berliner Angestelltenschaft außerordentlich stürmisch begrüßt.

III. Gegen die Stellungnahme zu Punkt I und II erfolgte prompt, wie es so üblich ist, ein geharnischter Protest des Afa-Generaldirektors Aufhäuser. Man sagte den Geschäftsführern des AV., wenn der Zentralvorstand die Ausführungen des Gen. Emonts billige und nicht bedingungslos zur Propaganda für die Eiserne Front aufrufe, würde man genötigt sein, den AV. aus dem Afa-Bund auszuschließen. (Kommentar hierzu überflüssig.)

IV. In der Zentralvorstandssitzung vom 4. Februar stand man unverkennbar unter dem Eindruck der Drohung von Aufhäuser. Das „Verantwortungsbewußtsein“ der Vorstandskollegen fing an, sich zu regen. Der von der Afa angeordnete Briefwechsel lag zu dieser Zeit noch nicht vor. Mit Rücksicht darauf, daß der Zda den AV mit allen Mitteln aus der Afa verdrängen wolle und die gegebene Gelegenheit nunmehr prompt ausnutzen würde, wurde folgender vorläufiger Beschluß gefaßt:

„Wir begrüßen die Eiserne Front... Wir fordern u. a. auch den Kampf gegen die Notverordnungs politik der Regierung Brüning...“

Dieser Beschluß ist bis jetzt noch keinem Mitglied durch Rundschreiben bzw. Zeitung

mitgeteilt worden. Ein endgültiger Beschluß soll in der Zentralvorstandssitzung vom 11. Februar gefaßt werden.

V. Die Gauausschußsitzung vom 5. Februar faßt folgenden Beschluß mit Mehrheit:

„Bedingungslose Einreihung in die Eiserne Front. Der ganze Berliner Gewerkschaftsapparat des AV. soll in den Dienst für die Eiserne-Front-Propaganda gestellt werden.“

Dieser Beschluß, sich bedingungslos für die Eiserne-Front-Propaganda einzusetzen, steht in gewissem Widerspruch zu der oben angeführten Entschließung der Funktionärversammlung vom 14. Dezember. Wie wir hören, soll man sogar in einzelnen Betrieben schon dazu übergegangen sein, entsprechend der Gehaltshöhe festgelegte

Beiträge bis zu 20 Mk. monatlich für die Eiserne Front obligatorisch

zu erheben. Diese Beitragserhebung betrifft nicht nur Bankangestellte sondern auch Krankenkassen- und Gewerkschaftsangestellte, die zu einer Versammlung zu Freitag, dem 12. Februar, nachmittags 16 Uhr ins Gewerkschaftshaus aufgerufen werden. In dieser Versammlung soll Aufhäuser zu dem Thema Eiserne Front sprechen.

Angestellte aller oben angeführten Betriebe, gebt Aufhäuser die richtige Antwort in bezug auf die Eiserne Front, zumal bei uns hier täglich Klagen eingehen über Rationalisierungsmaßnahmen (Maschinenfimmel), die eine große Anzahl eurer Kollegen auf die Straße werfen, während man im Betriebsrat der AOK seine Funktionen dazu benutzt, um höhere Posten zu angeln. Aus den Mitgliederkreisen des Zda innerhalb der AOK teilt man uns mit, daß die Verwaltung des Zda überhaupt keine andere Tätigkeit mehr kennt, als pünktlich am Ultimo die Beiträge zu kassieren.

Wir von uns aus können zu diesen Vorkehrungen nur das eine sagen: Gebt in den ganzen Betriebsversammlungen, die jetzt angesetzt sind, den Vertretern der Eisernen Front die richtige Antwort, indem ihr geschlossen für die Klassenfront eintretet!

Jagt nicht dem Phantom der Eisernen Front nach; denn der Zwang, der dabei ausgeübt wird, muß euch schwer zu denken geben, ob diese Front je aktionsfähig sein wird. Wir werden entgegen allen Vorgaukeleien, die euch SPD- und Gewerkschaftsführer vorsetzen, die Klassenfront von unten her bilden. Macht dem Spuk der Eisernen Front endlich ein Ende!

Die Stimme des Proletariats wird erstickt

Hof, 10. Februar.

Die hier erscheinende kommunistische Zeitung „Arbeiterstimme“ ist durch die Polizeidirektion mit Wirkung bis zum 6. April verboten worden. Die Nummer 6 der Zeitung wurde wegen eines Artikels, der die Aufforderung zum Ungehorsam gegen gesetzliche Bestimmungen enthielt, beschlagnahmt und eingezogen.

Bombe in Indien. Wie aus Allahabad gemeldet wird, sind in der dortigen Gegend drei Polizeibeamte und fünf andere Personen durch eine Bombe schwer verletzt worden. Der Urheber des Anschlages konnte noch nicht ermittelt werden.

Zwangspolitik im Arbeitersport?

Führerdiktate statt Demokratie — Befehl zum Anschluß an die „Eiserne Front“

Wie der Bundes-Presse-Dienst berichtet, hat der Vorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes am Sonntag folgende Entschließung gefaßt:

„Der Bundesvorstand des ATSB begrüßt es mit Genugtuung, daß der Kampf gegen den drohenden Faschismus, den Zerstörer der Arbeiterrechte, mit großem Erfolg geführt wird in der Eisernen Front mit der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaft, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und den Arbeitersportlern. Der Bundesvorstand verpflichtet die Bundesmitglieder, sich aktiv in die Eiserner Front einzureihen und, wenn es sein muß, Leib und Leben einzusetzen für die Erhaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung und der deutschen Republik, die nur die Arbeiterschaft zu einem wirklichen Volksstaat machen kann.“

Dieser Beschluß kommt nicht überraschend, er ist nur eine Fortsetzung der „traditionellen“ Politik der Arbeiter-Sportführer, die jahrelang angepaßt wurde der der SPD. Er kommt um so weniger überraschend, als ja der erste Vorsitzende Gellert im Namen des Vorstandes des ATSB bereits am vorvergangenen Sonntag im Sportpalast eine zwar die Sportler nicht begeisternde und überzeugende, aber doch eindeutige Erklärung für die „Eiserne Front“ abgegeben hat.

Aber die Entschließung ist in einer Form gehalten, die man grotesk nennen könnte, wenn die Sache nicht so traurig wäre; in einer Form, die allen Begriffen von Demokratie ins Gesicht schlägt. Der ATSB ist eine demokratische Organisation oder soll es wenigstens sein. Ihr Vorstand darf daher nur ausführendes Organ der Mitglieder sein. Wenn er Formulierungen wählt, wie „Der Bundesvorstand verpflichtet die Mitglieder...“, so ist das eine Annahme. Solche Methoden ziemen sich für faschistische Organisationen, aber nicht für demokratische aufgebauete.

Ein Beschluß hat überdies nur Sinn, wenn Garantien dafür vorhanden sind, daß er auch durchgeführt wird. Sind diese nicht da, so wird die ganze Angelegenheit zum Theater. Und diese Garantien sind hier nicht gegeben; denn was will der Bund machen, wenn die Mitglieder nicht mittun? Die Mitglieder werden sich darauf berufen können, daß das Statut dem Bundesvorstand keinerlei Recht gibt, die Mitglieder einseitig parteipolitisch festzulegen, wie das hier versucht wird. Und schließlich hat ja der Bundesvorstand, wie jedes Mitglied, das Statut zu respektieren!

Und die Mehrzahl der Sportgenossen wird nicht mittun! Das hat auch der Bundesvorstand gewußt; und eben weil ihm bewußt war, daß er auf demokratischem Wege ein schmachliches Fiasko erleiden würde, versuchte er es auf dem diktatorischen. Kaum ist das Theater um die Eiserner Front — etwas anderes ist's ja doch nicht — eröffnet, und schon werden überall im Reiche bei den Sportlern Protestresolutionen angenommen, von denen wir bereits ein ganz Teil veröffentlichen konnten. Täglich gehen neue ein. So faßte die von 450 Mitgliedern besuchte Generalversammlung der Freien Turnerschaft Breslau einmütig eine Entschließung, aus der wir die markantesten Stellen wiedergeben:

„Die Freie Turnerschaft Breslau mißbilligt die Maßnahme des Bundesvorstandes und der ZK, wonach die Arbeitersportler zur Teilnahme an der „Eisernen Front“ aufgefordert werden. Damit unterwirft man ganz bewußt die Masse des Proletariats einer verhängnisvollen Illusion, denn es gibt keinen Kampf gegen den Faschismus, der außerhalb des Kampfes um den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft als Teilaktion stehen könnte, und darum gibt es auch keine antifaschistische Einheitsfrontaktion mit den Organisationen, die Todfeinde der Revolution sind oder die die Entwicklung der arbeitenden Klasse zur revolutionären Reife verhindern. Die revolutionäre Einheitsfront kann nur von unten herauf wachsen in unerbittlichem Kampfe gegen jede konterrevolutionäre Instanz...“

Wir lehnen die Eiserner Front ab mit dem zusätzlichen Bemerkten, daß alle Zeitungsaufträge für uns als Organisation bedeutungslos sind. Wir erachten es als unsere Pflicht, unabhängig von allen Parteimeinungen und Parolen in der schwersten Stunde zusammenzustehen.

Gleichzeitig protestieren wir gegen die einseitige Schreibweise der Bundespresse und fordern auch hier die Wahrung der vollen Meinungsfreiheit aller Bundesmitglieder.“

Nicht minder eindeutig entschied sich die Freie Kanuvereinigung Breslau, sie fordert am Schluß einer Resolution:

„Wir fordern daher vom ATuSpB sowie vom Arbeiter-Sport-Kartell Breslau einen Beschluß zu fassen, der sich gegen die Teilnahme an der „Eisernen Front“ wendet und die Arbeitersportler veranlaßt, sich an allen Einheitsbestrebungen des klassenbewußten Proletariats zu beteiligen.“

Die Freie Sportvereinigung Fichte-Berlin, ein Verein der, von der kommunistischen IG-Politik angewidert, zum Bund zurückkam, hat sich ebenfalls eingehend mit der Angelegenheit befaßt und hat die einmütige Meinung ihrer Mitglieder in folgender Resolution zusammengefaßt:

„Die am 30. Januar 1932 tagende Generalversammlung der Freien Sportvereinigung Fichte e. V. protestiert gegen den gefaßten Beschluß des Kartells für Arbeitersport und Körperpflege und gegen den dort gefaßten Aufruf, der sich an die Sportgenossen wendet und sie verpflichtet, in die Wehrabteilung der „Eisernen Front“ einzutreten.“

Durch diesen vom Geschäftsführenden Ausschuss gefaßten Beschluß werden die demokratischen Rechte der Mitgliedschaft des ATSB, mit Füßen getreten. Die klassenbewußten Arbeitersportler wissen, daß diese „Eiserne Front“ nicht die Gewähr eines erfolgreichen Kampfes gegen Faschismus und Kapitaloffensive gibt und verlangen, daß über solche Fragen in ihren Organisationen diskutiert wird, ehe man zu einer Beschlußfassung kommt.

Die Mitglieder der FSF wissen, daß nur die Einheitsfront des Proletariats den wirklichen Kampf gegen den drohenden Faschismus führen kann und verlangen vom Geschäftsführenden Ausschuss des Kartells, sofort die notwendigen Schritte einzuleiten, um die wirkliche Einheitsfront aller Werktätigen herzustellen durch Schaffung überparteilicher antifaschistischer Kartelle.“

Diese Resolution ist angenommen worden mit allen Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen. Es waren anwesend 90 Mitglieder.

Was nun? Nun, der Bundesvorstand wird weiter unter einseitigem Mißbrauch seiner Vertrauensstellung Entschließungen für die Eiserner Front fabrizieren — und die Sportler werden machen was ihnen ihre Einsicht, ihr politisches Gewissen vorschreibt. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß diese Eiserner Front nichts anderes ist als die Stütze für den kapitalistischen Staat, der, wenn er sich erhalten will, mit dazu beitragen muß, die Arbeiterschaft maßlos zu verelenden. Für diesen Staat wird und kann der klassenbewußte Sportler, kann der denkende Proletarier nicht kämpfen.

Faschingsakt in Genf

Herolde des Friedens

Mussolinien und Japan halten Bußpredigten

Grandi sekundiert Brüning

WTB. Genf, 10. Februar.

Zu Beginn der heutigen Vollsitzung der Abrüstungskonferenz ergriff der italienische Außenminister Grandi das Wort. Die Hauptpunkte der Rede waren eine

scharfe Kritik der französischen Vorschläge, die Wiederholung der Mussolinischen Forderung nach Gleichberechtigung aller Staaten, die ausführliche Entwicklung des Gedankens, daß die deutsche Abrüstung nur der Anfang der allgemeinen Abrüstung sein dürfe, und der Hinweis auf die Abrüstungsmethoden des Versailler Vertrages, der in dem Verbot der Angriffswaffen allgemeine Nachahmung verdient. In diesem Sinne erklärte Grandi die Zustimmung seines Landes zu einem

„organischen Plan der qualitativen Rüstungseinschränkung“,

der folgende Punkte umfaßt:

a) auf dem Gebiet der Flottenrüstungen: 1. gleichzeitige Abschaffung der Linienschiffe und der Unterseeboote, 2. Abschaffung der Flugzeugträger;

b) auf dem Gebiet der Landrüstungen: 1. Abschaffung der schweren Artillerie jeder Art, 2. Abschaffung der Tanks jeder Art;

c) auf dem Gebiet der Luftrüstungen: Abschaffung der Bombenflugzeuge;

d) auf allen Gebieten: 1. Abschaffung der Angriffsmittel des chemischen und bakteriologischen Krieges jeder Art, 2. Revision der internationalen Abkommen zur Sicherung eines vollständigeren und wirksameren Schutzes der Zivilbevölkerung.

Die Fortsetzung der unfruchtbareren Aussprache über das Verhältnis zwischen Abrüstung und Sicherheit würde bedeuten, daß wir in den Fehler verfallen, den ich die Abrüstungsophistiek genannt habe. Die Tatsache zeigt uns, daß es ohne Abrüstung keine Sicherheit geben kann. Wie der deutsche Reichskanzler gestern so richtig erklärt habe, hänge der praktische Wert der zwischen den Völkern ausgetauschten

Erklärungen über die Aufrechterhaltung des Friedens von den Ergebnissen der gegenwärtigen Konferenz ab.

Grandi wandte sich sodann entschieden gegen die Aufrechterhaltung eines Zustandes, den er das

Regime des Rüstungsübergewichts

nannte. Erst wenn die Rüstungen der verschiedenen Länder auf das niedrigste Niveau herabgesetzt würden, auf ein Niveau, das keinen Verdacht erregen und keine Furcht hervorrufen könne, dann werde die in Artikel 8 des Völkerbündepaktes erwähnte gemeinsame Aktion im Falle eines Angriffs wirksam einsetzen können. Der Ruf nach dieser gemeinsamen Aktion werde aber solange toter Buchstabe bleiben, als einzelne Mitgliedsstaaten eine so mächtige Rüstung behielten, daß jedes Streben nach einem gemeinsamen Vorgehen vor dem Dilemma eines Mißerfolges oder eines blutigen Krieges halt machen müßte.

Bezüglich der von dem amerikanischen Vertreter angeregten

Verlängerung der Flottenabkommen von Washington und London

erklärte Grandi: Ich für meinen Teil bin fest von der Notwendigkeit überzeugt, das Londoner Flottenabkommen zu ergänzen. Unsere Verhandlungen sind übrigens nicht unterbrochen, und ich brauche Ihnen hier nicht zu wiederholen, daß mein Land stets bereit ist, sein Möglichstes zu tun, damit sie zu einem glücklichen Abschluß gelangen.

Grandi wies zum Schluß seiner Rede darauf hin, daß die schwersten Opfer in der Abrüstung von den stärksten Staaten verlangt werden müßten, aber das sei nur gerecht. Die am stärksten bewaffneten Staaten hätten am wenigsten zu fürchten und müßten mit gutem Beispiel vorangehen. Sie müßten zuerst auf die Waffen verzichten, die wesentlich für einen Angriffskrieg bestimmt seien. Nach Abschaffung dieser Kriegsmittel werde man leichter und rascher zu einem Abkommen über Verminderung und quantitative Begrenzung der anderen Rüstungen gelangen.

Japan will nur Frieden!

Nach Grandi sprach

der japanische Delegationsführer Botschafter Matsudeira,

der zunächst die ungeklärte Lage in Ostasien erwähnte und dazu bemerkte, die Tatsachen und die Haltung Japans in dieser Angelegenheit seien dem Völkerbund vollständig mitgeteilt worden, der sich des Falles jetzt angenommen habe.

Trotz der unglücklichen (!) Lage in Ostasien sei Japan so entschieden wie je dazu entschlossen, die Sache der Abrüstungskonferenz zu fördern.

Die Frage der Abrüstung, so fuhr Matsudeira fort, steht in innigem Zusammenhang mit der Frage der nationalen Sicherheit. Die letztere Frage muß auf Grund der besonderen Umstände jedes Landes, seiner geographischen Lage, seiner politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse betrachtet werden. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Heeresstärke und die politische Lage der Nachbarländer.

Matsudeira erklärte, die japanische Delegation sei bereit, den Konventionsentwurf als Grundlage der weiteren Arbeiten anzunehmen. Eingehender erörterte er das Flottenproblem, wobei er die Hoffnung aussprach, daß ein umfassendes Abkommen aller hier vertretenen Mächte auf einer gerechten und vernünftigen Grundlage zustande kommen werde. Der Abschaffung der Unterseeboote stimmte der japanische Delegierte nicht vorbehaltlos zu. Er meinte, das Unterseeboot sei nicht so sehr durch sein Wesen wie durch seinen rücksichtslosen Gebrauch eine unmenschliche Waffe. Ein Ueberwasserschiff könnte durch seinen Gebrauch gerade so unmenschlich wirken. Den Vorschlägen über das Verbot von Luftbombardements (!) und der Verwendung von Giftgasen und Bakterien stimmte die japanische Delegation vollkommen zu. Das Werk der Abrüstung, so wichtig es sei, könne jedoch nur Hand in Hand mit der allgemeinen Verbesserung der internationalen Beziehungen zum Erfolge führen.

Zaleski stützt französische These

In der Reihe der Redner, die bis heute gesprochen haben, wurde die französische These heute zum erstenmal unterstützt von dem polnischen

Außenminister Zaleski.

Er begann mit einem Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung und die geographische Lage Polens, die bekanntlich in dem polnischen Memorandum vom 14. September 1931 als Begründung für die Aufrechterhaltung des polnischen Rüstungsstandes angeführt wird. Zaleski forderte, daß der von der Vorbereitenden Abrüstungskommission ausgearbeitete Konventionsentwurf die Hauptbasis für die Arbeiten der Abrüstungskonferenz bilden soll. Er betonte aber gleichzeitig, daß dieser Konventionsentwurf im Sinne der polnischen Auffassung ergänzt werden müsse. Insbesondere müsse durch besondere Bestimmungen noch dem Potential der guerre Rechnung getragen werden. Außerdem sei es notwendig, die militärischen Organisationen stärker zu erfassen. Er behauptete,

daß es Länder gebe, die für militärisch organisierte Verbände ebensoviel Ausgaben machten wie für die Heeresaufwendungen im engeren Sinne.

Zaleski erklärte sodann, daß die sogenannte indirekte Methode auf dem Wege der Budgetbegrenzung das einzig wirksame Mittel sei, um zu einer Abrüstung zu gelangen. Er unterließ dabei natürlich nicht, darauf hinzuweisen, daß auch die von ihm für besonders wichtig gehaltenen militärischen Verbände in diese Ausgabenbegrenzung eingeschlossen werden müßten.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen trat Zaleski im Sinne des französischen Memorandums für die Schaffung eines organisierten internationalen Sicherheits- und Sanktionensystems ein und verbreitete sich zum Schluß ausführlich über die moralische Abrüstung.

Die Debatte wurde nach der Rede Zaleskis auf morgen vormittag vertagt.

Zum Schluß der heutigen Sitzung teilte der Präsident Henderson mit, daß morgen vormittag nach dem belgischen Delegierten Hymans der russische Volkskommissar Litwinoff sprechen werde.

Russische Kritik an Genf

„Iswestija“ fürchtet Interventionsabsichten

Moskau, 10. Februar

Die heutige Iswestija, die sich mit der Genfer Abrüstungskonferenz beschäftigt, ergeht sich in scharfen kritischen Ausfällen gegen Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die des Imperialismus bezichtigt werden, und führt dann u. a. aus:

„Der von der französischen Delegation eingebrachte Dringlichkeitsantrag ist ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm der Vorbereitung einer sowjetfeindlichen Intervention und die abgeschlossenste Formulierung der Tendenzen, die den Pan-europa-Projekten zugrunde liegen. Die Sowjetunion wird auf der Abrüstungskonferenz die politische Linie weiter verfolgen, die sie während der Tagungen der Vorbereitungskommission unverändert beibehalten hat. Die Sowjetdelegation stellte seinerzeit den radikalen Antrag, eine allgemeine vollständige Abrüstung vorzunehmen. Nach seiner Ablehnung legte sie der Konferenz das ausführliche Projekt einer allgemeinen teilweisen Abrüstung vor. Als auch dieses Projekt abgelehnt wurde, hat die Sowjetdelegation alles nur Mögliche getan, um wenigstens die Annahme einzelner konkreter Abrüstungsvorschläge zu erreichen und die Vorbereitung eines Krieges zu verhindern.“

Eine solche Politik ergibt sich für die Sowjetunion aus der Tatsache, daß sie nicht allein die Interessen des sowjetrussischen Proletariats, sondern auch die der Werktätigen der ganzen Welt vertritt und sich daher konstant mit allen Mitteln gegen die Entstehung eines Krieges stemmt. Die Sowjetunion leidet nicht unter den Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise, sie braucht keinen Krieg als verzweifeltes Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskatastrophen. Sie braucht den Frieden, um ihr großes Werk des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft fortsetzen zu können. Diese Friedenspolitik der Sowjetunion ist kein Zeichen der Schwäche, sondern ein Zeichen der Kraft.“

Der Sieg der Zöllner

Drei Minister stimmen gegen Regierung

London, 10. Februar.

In den gestrigen späten Abendstunden nahm das Unterhaus mit 452 gegen 76 Stimmen die Entschließung an, derzufolge der allgemeine zehnzehnte Zolltarif am 1. März in Kraft tritt. Die Entschließung muß nun noch in Gesetzesform gebracht werden.

Hierauf wurde mit 430 gegen 73 Stimmen eine Entschließung angenommen, durch die der geplante Sondertarifausschuß ermächtigt wird, Zusatzzölle aufzuerlegen.

Schließlich hat das Unterhaus eine dritte Entschließung mit 421 gegen 68 Stimmen angenommen, die zusätzliche Zölle bis zu 100 Prozent des Wertes von Waren aus solchen Ländern vorsieht, die britischen Waren gegenüber Differentialzölle anwenden.

Etwa 80 Liberale stimmten gegen die Regierung, unter ihnen drei Mitglieder des Kabinetts.

Wieder ein Goldstandard aufgegeben. Wie aus Guayaquil gemeldet wird, hat die Regierung von Ecuador beschlossen, den Goldstandard aufzugeben.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

6. Fortsetzung.

Die von Direktor Gebauer ausgesprochene Verdächtigung fiel in sich zusammen. Bullerjahn jedoch verlangte, vom Dienst suspendiert zu werden, und nahm seine Tätigkeit erst nach dem Abschluß der Untersuchung wieder auf, nachdem ihm vorher von den Direktoren Hellwig und Schweitzer, sowie von dem Werkjuristen Dr. Meier erklärt worden war, daß die Berlin-Karlsruher Industriewerke nach wie vor volles Vertrauen zu ihm hätten und keine Veranlassung sähen, ihm zu kündigen. Am Tage seiner Dienstaufnahme richtete Bullerjahn eine Beschwerde an den Generaldirektor von Gontard; in ihr fanden sich heftige Angriffe gegen den Direktor Gebauer, den er der Urheberschaft an der Verdächtigung bezichtigte. Von Gontard gab die Beschwerde an Direktor Schweitzer, der sie nachprüfen sollte. Damit war Bullerjahn wenig zufrieden. Er entwarf einen Brief an Gontard, widersprach in ihm der Abgabe seiner Beschwerde an Schweitzer und führte aus, daß „seit einiger Zeit ein wahres Kesseltreiben gegen ihn eingesetzt habe, um ihn aus seiner Stellung zu drängen, und daß er in Gebauer den Urheber aller Infamien sehe“. — Wegen der schroffen Form dieses Briefes kamen ihm aber doch Bedenken und so suchte er am 4. oder am 6. Dezember den Rechtsanwalt Dr. Juliusberger, Berlin, Friedrichstraße, auf und fragte ihn um Rat. Der Rechtsanwalt riet, den Brief in dieser schroffen Form nicht abzusenden.

Bullerjahn hatte übrigens bei der Wiederaufnahme seiner Arbeit eine Verwarnung seitens der Generaldirektion erhalten, die besagte, das Vorkommen der Schrottverschiebung habe gezeigt, daß er sein Personal nicht genügend beaufsichtige. Bullerjahn beschwerte sich darüber am 26. November und verlangte eine förmliche Ehrenerklärung. Ueber diese Ehrenerklärung wurde mündlich mit den verschiedenen Direktoren verhandelt. Die Generaldirektion verweigerte ihre Abgabe; man sagte Bullerjahn aber mündlich, das Verhalten der Direktion ihm gegenüber zeige doch, daß man ihm voll vertraue. Bei dieser Gelegenheit sagte Direktor Hellwig ihm, man habe Gebauer Vorhaltungen gemacht. Die formelle Ablehnung der Ehrenerklärung wurde Bullerjahn durch einen Brief der Direktion am 16. Dezember zur Kenntnis gebracht, den er am 19. Dezember erhielt.

In diesen Tagen kam dem Bullerjahn auch eine Äußerung der Privatsekretärin und Vertrauten des Generaldirektors von Gontard, des Fräulein Paula Hitzgrath, zu Ohren: „Wenn der Bullerjahn sich nicht beruhigen kann und noch weiter Beschwerden schreibt, muß er eben dran glauben.“

Am 18. Dezember kam Bullerjahn auf eine, ihm schon im November gemachte unverbindliche Zusage der Direktion zurück und verlangte eine Aufbesserung seines Gehalts entsprechend dem der Oberbeamten. Der Grund dafür war, daß er auch durch ein höheres Gehalt seine Gleichstellung mit dem Direktor Gebauer erweisen wollte. Seine Bitte wurde am 23. Dezember ablehnend beschieden. Bullerjahn ging am 24. Dezember zu Direktor Schweitzer, erinnerte ihn an seine frühere Zusage und erklärte, die Entscheidung der Generaldirektion anrufen zu wollen. Darauf kam Direktor Hellwig etwas später zu Bullerjahn in dessen Büro und erklärte ihm, daß seine Bitte um Gehaltserhöhung „zu früh“ komme; er möge doch erst „Gras über die ganze Geschichte wachsen lassen“. Wenn er sein Gesuch in einem oder in zwei Monaten wiederholen wolle, werde sich der Groll über seine Empfindlichkeit gewiß schon gelegt haben.

Wiederholt waren Bullerjahn Unregelmäßigkeiten im internen Betrieb der Firma aufgefallen. Er glaubte, von Zoll- und Steuer-Hinterziehungen der Direktion zu wissen. In seinem Unmut über die ihm wiederholte Kränkung hat er dem Lagerverwalter Fischer, aber wohl auch anderen Personen gegenüber geäußert, er werde es dem Werk schon anstreichen, wenn er die Ehrenerklärung nicht erhalte. Ganz offensichtlich war es, daß er an die Verwertung solcher geschäftlichen Unregelmäßigkeiten dachte. Es blieb aber absolut bei der Drohung.

So von allen Seiten umkämpft war Bullerjahn Position, als am 23. Dezember 1924 der erste der folgenschweren Besuche der Interalliierten Militär-Kontrollkommission erfolgte.

Die Kontrollbesuche

Am 23. Dezember 1924, kurz vor 9 Uhr morgens, erschien eine Kommission der IMKK, geführt von dem englischen Major Wright und noch bestehend aus dem belgischen Major De Wilde und dem französischen Leutnant Jost. Ihr beigegeben war als Verbindungs-offizier der Deutschen Heeresfriedenskommission der Major Dühring. Das Ziel des Besuchs war dem deutschen Offizier beim Aufbruch nicht bekanntgegeben worden, obwohl er darum mit der Begründung ersucht hatte, er werde gleich telephonisch die Dispositionen zu schneller Erledigung treffen. Es handelte sich also um einen Ueber-raschungsbesuch.

Bei der Ankunft in Wittenau bat Major Dühring telephonisch beim Polizeipräsident

um die Entsendung von zwei Kriminal-beamten. Die Beamten trafen gegen 11 Uhr ein. Dann erst begann die Besichtigung der Räume. Vorher noch war der Leiter des Werksicherungsdienstes, Pagenstecher, ein ehemaliger Korvettenkapitän der Kaiserlichen Marine, zu Bullerjahn in dessen Büro gekommen und hatte gebeten, das Telefon dort benutzen zu dürfen. Dabei äußerte er, jetzt würde es kritisch, die Kontrollkommission mache Ernst. Bullerjahn erwiderte: „Na, das ist ja eine nette Weihnachtsbescherung!“ und war dann dem Pagenstecher behilflich, der einen zuverlässigen Beamten nach dem Bahnhof Eichhornstraße senden wollte, um dort ein Auto mit Waffen abfangen zu lassen, damit es nicht direkt der Kontrollkommission in die Arme liefe. Bullerjahn sandte einen seiner Leute mit diesem Auftrag fort. Inzwischen hatte sich die Kommission in das Lager be-

geben, das dem Lagerverwalter Fischer unterstand. Bullerjahn fiel ein, daß dort in der Expedition einige unförmige Kisten niedergestellt waren, die nach Japan bestimmte Schiffsdrucklager für Unterseeboote enthielten. Er ordnete die sofortige Verladung dieser Kisten an und blieb dabei, bis die Kisten in Sicherheit gebracht waren. Zu der Untersuchung wurde Bullerjahn nicht hinzugezogen. Er war zudem mit Inventuraufnahmen beschäftigt und verließ das Werk alsbald nach dem Abzug der Kommission gegen 2 Uhr mittags. Ursprünglich hatte er an diesem Tage gegen 12 Uhr die Arbeitsstätte verlassen wollen, da er zu einer Sitzung des Vereins ehemaliger Militärschüler, dem er angehörte, gehen wollte. In dieser Sitzung sollte zugleich die Weihnachtsbescherung für die Kinder der Vereinsmitglieder stattfinden, die Bullerjahn leiten sollte.

Kältewelle — Schnee

Bayern

München, 10. Februar.

Nach langandauernder milder Witterung ist nun in Südbayern wieder ein schwerer Wintereinbruch erfolgt. Dienstag nachmittag setzte in Südbayern und besonders im Alpengebiet Schneefall ein, der auch die Nacht über und heute noch anhielt. Gleichzeitig hat sich bei eisigem Nordwind scharfe Kälte eingestellt. Heute hatte München eine Morgentemperatur von 10,7 Grad Kälte. Die Gebirgsorte meldeten zwischen 10 und 11 Grad Kälte. Auf dem Hirschberg bei Tegernsee wurden 21,4 Grad, auf der Zugspitze 20,2 Grad Kälte abgelesen. Auch nordbayerische Stationen melden sehr tiefe Temperaturen, so Würzburg 11,7 und Bayreuth 16,3 Grad unter Null. Nach den Ankündigungen der Landeswetterwarte ist mit weiterer Verschärfung des Frostes zu rechnen. In München waren heute 21 Motorpflüge und 17 pferdebespannte Schneepflüge und 2400 Arbeitskräfte mit der Freimachung der Geh- und Fahrbahn beschäftigt. Vielfach traten Schneeverwehungen ein.

Schlesien

Breslau, 10. Februar.

Der Einbruch der kontinentalen arktischen Kaltluftmassen hat in Schlesien in den vergangenen 24 Stunden einen starken Temperatursturz gebracht. Die Temperaturen sind auf minus 20 Grad gesunken. Die Tiefsttemperatur betrug heute morgen am Observatorium Breslau—Krietern minus 19, in Beuthen (O.-S.) und Proskau minus 20 Grad. In den schlesischen Bergen sind weitere Schneefälle niedergangen. Die Temperaturen liegen zum Teil unter minus 20 Grad, so meldet

Wieder vier Grubenproleten getötet

Frankfurt a. O., 10. Februar

In der dem Märkischen Elektrizitätswerk gehörenden Braunkohlengrube Finkenheerd fielen am Montag zwei Bergleute einem Unfall zum Opfer. Ein Häuer und der Fördermann wurden durch hereinbrechende Sandmassen verschüttet. Die Arbeiten zur Bergung der Verunglückten wurden sofort im Beisein des preußischen Bergrevierbeamten aufgenommen.

Hindenburg (O.-S.), 10. Februar

Auf der Abteilung 5 der Sosniza-Grube ereignete sich gestern Abend gegen 7 Uhr ein Grubenunglück. Durch Zusammenbruch einer Strecke wurden der Steiger Poganiuch aus Sosniza und der Fördermann Ogon aus Ellguth-Zabrze getötet. Die Leichen wurden nach dem Knappschaftslazarett in Hindenburg gebracht.

Schreiberhau 23 und die Reifträger-Baude sogar 24 Grad Kälte.

Rheinland

Essen, 10. Februar.

Die heranziehende kontinentale arktische Kaltluft hat sich auch auf das Ruhrgebiet und Sauerland ausgewirkt und veranlaßte die tiefsten Temperaturen dieses Winters. In Essen wurden minus 10 Grad, auf dem Kahlen Asten minus 17 Grad gemessen. Das kalte trockene Wetter wird weiter anhalten.

Ukraine

Moskau, 10. Februar.

Nach einer Meldung aus Charkow herrschen in der Ukraine starke Schneestürme. Die Eisenbahnverbindung zwischen Charkow und Kiew wurde unterbrochen. Teile der Roten Armee wurden mobilisiert, um die Eisenbahnlinie von den Schneemassen zu befreien.

Tod durch Erfrieren

Bukarest, 10. Februar.

Die Kälte beginnt in verschiedenen Gegenden Rumäniens katastrophale Ausmaße anzunehmen. Die Donau, zum Teil auch der Pruth und der Sereth sind vollkommen vereist. Es werden zahlreiche Todesfälle durch Erfrieren gemeldet. So wurden in einem Dorfe in Bessarabien zwei Familien in ihren Häusern erfroren aufgefunden. In manchen Gegenden versuchen Wölfe sogar bei Tage in die Siedlungen einzudringen, so daß die Bauern dort einen ständigen Wacht-dienst einrichten mußten.

Ein grauenhaftes Drama

New York, 10. Februar.

In Los Angeles ist bei Aufnahmen für einen Paramount-Film, in dem ein Kampf in den Lüften und ein Flugzeugabsturz dargestellt werden sollte, der bekannte Kunstflieger Leo Nomis tödlich abgestürzt.

Nomis, der einer der tüchtigsten Fliegerakrobaten war, sollte in dem Film „Himmelsbräute“ einen Kampf mit einem gegnerischen Aeroplan ausfechten und in dessen Verlauf durch heftiges Schlingern und mehrfaches Uberschlagen mit seinem Apparat den Anschein erwecken, als ob er die Herrschaft über das Flugzeug verloren habe und abstürze. In ungefähr tausend Fuß Höhe trat das, was Nomis nur spielen sollte, wirklich ein. Aus unbekannter Ursache verlor der Flieger die Herrschaft über seinen Apparat, der pfeilschnell und mit solcher Wucht zur Erde sauste, daß sich der Motor acht Fuß tief in den Sand eingrub. Der getötete Flieger stand im 38. Lebensjahr.

Gold aus Ohrenschnalz??



Englische Fabriken haben dem deutschen Chemiker Gladitz mehrere Waggons des Rohstoffes Lava zur Verfügung gestellt, da dieser der Ansicht ist, daß sich daraus — Gold herstellen läßt.



Starke Sülze-Esser sind goldhaltig. Der Franzose Bertrand behauptet, daß jedes Kilogramm getrockneten Rinderhorns 14 Milligramms Gold enthält.

Bald wird man noch Ohrenschnalz in den Dienst der modernen Alchimie stellen ...

Bei lebendigem Leibe verbrannt

Danzig, 10. Februar.

Am Dienstag Abend versuchte eine Frau Schäfer in ihrer Wohnung in einem Ofen mit Petroleum Feuer anzumachen. Die Flammen schlugen zurück und erfaßten die Kleider der Frau, die bei lebendigem Leibe verbrannte.

Ein Diener des Herrn

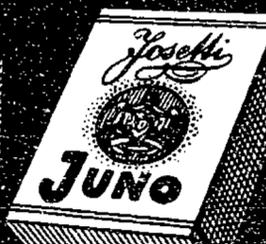
Wiener-Neustadt, 10. Februar.

Die Polizei verhaftete den Pfarrer Steiner des Zisterzienserklosters Neukloster wegen Verbrechens der Kinderschändung. Der Priester wurde dem Kreisgericht eingeliefert.

Steiner war früher in Klausen-Leopoldsdorf tätig. Auch dort verging er sich an Kindern und erhielt eine Strafe von mehreren Monaten. Er wurde dann „strafweise“ nach Wiener-Neustadt versetzt, wo er sich nun das gleiche Delikt zuschulden kommen ließ.

Fahrbare Schulen

Vor einiger Zeit fand das kanadische Schulministerium, daß die Kinder in den entlegeneren Gegenden ohne jegliche Unterweisung in den einfachsten Schulkenntnissen aufwachsen, weil die kleinen, verstreut liegenden Ansiedlungen selbst bei Benützung der Eisenbahn zu weit von der nächsten Stadt entfernt liegen, um die Kinder hinschicken zu können. Die Regierung hat daher mit Unterstützung der großen Eisenbahngesellschaften fahrbare Schulen eingerichtet, die jetzt zu den Kindern kommen, statt umgekehrt. Zwei Waggons sind in ein Schulzimmer und zu Wohnstätten für drei Lehrer umgewandelt worden. Alle sechs Tage fährt die Schule weiter und kommt ungefähr vier Wochen später wieder zurück.

JUNO  **6 Stück 20**

Jena

Die hiesige Ortsgruppe des SJV veranstaltete eine Luxemburg-Liebknicht-Feier, die sowohl hinsichtlich des Besuches als auch der Ausführung sehr erfolgreich war. Das „Proletenkabarett“ hat seine Feuerprobe bestanden, wenn auch das hiesige „Volk“, wie nicht anders zu erwarten war, seine Spalten für Verdrehungen und Lügen hergibt. Der Inhalt der Aufführungen des „Proletenkabarett“ war zum Teil entlehnt dem Programm der Leipziger „Roten Rebellen“ der SAP. Die Feier eröffnete Genosse Erich Schiller, der mit ernstesten Worten ermahnte, für die Ziele zu kämpfen, für die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ihr Leben lassen mußten, und sich diese beiden Revolutionäre als Vorbild zu nehmen. Anschließend trat das „Proletenkabarett“ auf und ließ den Krieg, den Verrat der Sozialdemokratie und den heroischen Kampf Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gegen das Menschenschlachten noch einmal lebendig werden. Die Wiedergabe der authentischen Rede Jorns im Jorns-Prozess brachten den anwesenden Polizeioffizier auf den Plan: Verbot, die Szene weiter zu spielen! Paul Levis Anklagerede, ebenfalls authentisch wiedergegeben, folgte. Als seine Anklage gegen die deutsche Justiz kam, verbot der noch ziemlich junge Polizeioffizier erneut das Weiterspielen. Er brachte erneut den Beweis für die von der SPD so heiß verteidigte „Demokratie“ und Meinungsfreiheit! Mit dem Kampfruf, sich in die rote Klassenfront einzureihen und der Internationale schloß die Feier. — Das Jenaer „Volk“ hat, wie bereits gesagt, Zuflucht zu Verleumdungen und Lügen ergriffen. Es schrieb: „Die erste Heldentat in der deutschen Republik sei die Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg.“ In Wirklichkeit stand auf der Leinwand: „Die ersten Ereignisse in der jungen Republik...“ Glaubt man so die Mitglieder halten zu können? Oder mit Verboten, die Veranstaltungen des SJV zu besuchen?

Kelbra

Rote Einheitsfront. Unter dieser Parole fand am Sonnabend eine von der KPD einberufene öffentliche Versammlung in der „Sängerhalle“ statt. Da außer dem Redner der KPD auch unser Genosse Rößler als Korreferent angekündigt war, wies die Versammlung einen außerordentlich starken Besuch auf, wie er seit Jahren nicht zu verzeichnen war. Nach einem sachlichen Referat des Genossen Einicke (KPD) entwickelte Genosse Rößler Ziel und Aufgaben der SAP, indem er zu den aufgeworfenen Fragen des Vorredners klar Stellung nahm, offen das von der KPD Trennende (RGO-Taktik usw.) herausstellte und zum Schluß die Feststellung machte, daß zwar noch viel trennte, daß es aber trotzdem möglich sein müsse, in gemeinsamer Front zu kämpfen. Zum Schluß der Versammlung wurde die Wahl eines Einheitskomitees vorgenommen.

Stützerbach

Am 5. Dezember fand eine SPD-Versammlung statt, in welcher Redakteur Kleinspehn aus Nordhausen als Kanzelredner brillierte. Sein Referat war sachlich — weil es farblos war. Er stellte nur allgemein bekannte Niedergangerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft fest, verhielt den Sozialismus für eine der nächsten Generationen nach dem gefährlosen Grundsatz „Hanne-mann, geh' du voran, du hast die längsten Stiebeln an“, wußte sich aber keinen Rat, wie die Gegenwartsnot zu beseitigen seien. Ja, wenn die Proleten so vernünftig wären und bei den Wahlen ihren Stimmzettel für die ach so demokratische SPD abgeben würden, dann wäre alle Not mit einem Schlage behoben. Gegen Ende seines Referats wurde Kleinspehn erschrecklich kriegerisch, schob Gift und Galle gegen die Nazis und verhielt ihnen den Heldenod, falls sie es wagen sollten, sich auf illegalem Wege in den Besitz der Macht zu setzen. So ein bißchen Theaterdonner macht sich ganz gut in einer „eisernen“ Versammlung. — In der Diskussion wurde von den Kommunisten K a m o w s k i und L e h m a n n harte Kritik an der SPD-Politik geübt. Genosse B a h m a n n von der SAP wies nach, daß die Tolerierungspolitik das zwangsläufige Ergebnis eines jahrzehntelangen reformistischen Rückentwicklungprozesses der SPD sei, daß der kleinbürgerliche Charakter dieser Partei von Jahr zu Jahr stärker in Erscheinung trete und auf den Klassenkampf des ausgebeuteten Proletariats lähmend einwirke. Rettung könne nur die Einigung aller sozialistischen Arbeiter bringen, und die sozialdemokratischen Arbeiter hätten die Pflicht, über den Parteiparat hinweg die wirkliche Einheitsfront des Proletariats zu erzwingen. Genosse Bohmann vermind alle Schärfen im Ausdruck, um das Versöhnungswerk nicht zu gefährden. Er hatte aber die Rechnung ohne den Nordhäuser Wirt gemacht. Seine Hinweise auf das reaktionäre Gebaren der republikanischen Preußenregierung gegen Freidenker und Pazifisten brachten den 100prozentigen Gefolgsman des Parteivorstandes ganz aus dem Häuschen. In seinem Schlußwort schmettete er Donnerkeile gegen die fürwitzigen Diskussionsredner. In allen demagogischen Kniffen war er Meister, vor keinen Verdrehungen schaute er zurück. Er stritt den am 16. Juni 1931 gefaßten Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion auf Beendigung der Tolerierungspolitik und die Intervention Brauns ab, behauptete wahrheitswidrig, daß Ströbel aus der SAP ausgeschieden sei, weil er sich dem Parteidiktat nicht fügen wollte, machte die SAP und die von ihr propagierte rote Einheitsfront aller Werktätigen verächtlich und bewies damit nur, daß dem SPD-Apparat an einem wirklichen Zusammenschluß der Arbeiterschaft nichts gelegen ist, daß er vielmehr nach dem leuchtendsten Vorbilde Eberts die soziale Revolution

Rosenfeld in Thüringen

SAP-Offensive

Zwei am 7. Februar in Bürgel und Eisenberg abgehaltene öffentliche Versammlungen der SAP, in denen Genosse Rosenfeld sprach, waren sehr gut besucht. In Eisenberg mußte der Saal polizeilich gesperrt werden. Beide Versammlungen wurden von dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Jena eröffnet und durch das bewährte Jenaer Trommler- und Fanfarenkorps eingeleitet.

Genosse Rosenfeld ging in seinem ausführlichen Referat von der imperialistischen Kriegslage im Fernen Osten aus und beleuchtete die Rolle des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz in Genf. Die Arbeiterschaft müsse sich vor Augen halten, daß es sich um einen Vorstoß der kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrußland handelt. Gelingt es, Sowjetrußland zu stürzen, so bedeute das eine nie wieder gutzumachende Niederlage der Arbeiterschaft in der ganzen Welt. Deshalb:

Hände weg von Sowjetrußland!

Der Redner stellte sodann die Bildung einer

proletarischen Einheitsfront

zur Reichspräsidentenwahl in den Vordergrund und charakterisierte die heutige Rolle der SPD und der sogenannten „Eisernen Front“. Der Aufruf für Hindenburg komme einer Verherrlichung des Krieges gleich. Die SPD tue das Gegenteil von dem, was eine Arbeiterpartei tun müßte.

Die SAP geht lieber 1000mal mit Thälmann als einmal mit Hindenburg.

Die Charakterisierung der Tolerierungspolitik der SPD ging dem SPD-Genossen R e b m a n n so auf die Nerven, daß er — im Gegensatz zu den Genossen von der KPD, die sich in Bürgel durchaus ruhig und sachlich verhielten — den Genossen Rosenfeld ständig durch persönliche und unsachliche Zwischenrufe unterbrach. Die anderen anwesenden SPD-Mitglieder, die dem Genossen Rosenfeld Beifall zollten, rücken offen von dieser Kampfweise ab.

Genosse Rosenfeld schilderte sodann die Krise des Kapitalismus, ihre Ausweglosigkeit und die Rolle, die die SPD als „Arzt am apitalismus“ spielt. Seine Ausführungen über die unsinnige RGO-Politik und die falsche Einstellung der KPD zur Frage der proletarischen Einheitsfront trugen auch innerhalb der KPD-Mitgliedschaft zur Klärung bei.

Der Redner sprach sich eindeutig

für die Diktatur des Proletariats

aus und schloß seine groß angelegten Ausführungen, indem er nochmals die Aufgaben der SAP zusammenfaßte und an die anwesenden SPD-Genossen appellierte, mit dem Reformismus endgültig zu brechen und Seite an Seite

mit und in der SAP für den Sieg der klassenbewußten Arbeiterschaft zu kämpfen.

In der Diskussion sprachen in Bürgel von der SPD Drebs und Rehmann, die beide versuchten, die verhängnisvolle Tolerierungspolitik zu verteidigen. Wenn sich Leipart in der Reichspräsidentenfrage noch im Hintergrund hielte, so sei das Verantwortungsbewußtsein! Die Bemerkung, daß nur die SPD vom Faschismus gefürchtet sei, verursachte große Heiterkeit. Genosse Rehmann (SPD) wurde auch in der Diskussion wieder persönlich. Er behauptete frank und frei, in der SPD herrsche unbeschränkte Meinungsfreiheit (!!), die SPD sei die wahre rote Einheitsfront (!!) und bezeichnete sich als revolutionären Sozialdemokraten (!). Wie die SPD-Mitglieder von ihren großen und kleinen Führern eingeschätzt werden, geht aus der Bemerkung Rehmanns hervor, daß die in der Versammlung anwesenden und dem Genossen Rosenfeld Beifall spendenden SPD-Genossen gegen ihre eigene Überzeugung handelten. Genossen in der SPD, so werdet Ihr eingeschätzt! Gebt der SPD die einzig richtige Antwort, tretet ein in die SAP und kämpft mit uns für den Sieg der revolutionären Arbeiterschaft!

Der KPD-Genosse Stempel, der im Gegensatz zu Rehmann mit der wünschenswerten Ruhe diskutierte, stimmte dem Genossen Rosenfeld teilweise zu, teils versuchte er in längeren Ausführungen, die stichhaltigen Argumente Rosenfelds gegen die RGO-Politik usw. zu entkräften. Er behauptete wiederum, daß in der KPD volle Meinungsfreiheit herrsche!

Der KPD-Genosse Heller blies (merkwürdigerweise) in das gleiche Horn wie sein Genosse von der Linie. Kein Wort gegen die RGO-Politik, die verhängnisvolle Taktik der KPD.

Dem Genossen Rosenfeld gelang es im Schlußwort ausgezeichnet, die Anwürfe gegen die SAP zu zerpfücken.

Die Ausführungen der KPD-Genossen Mertel und Maisel in Eisenberg waren ein einziges Geschimpfe gegen die SAP, auf das es sich nicht einzugehen lohnt. Mertel behauptete, die Politik der SAP sei noch verwerflicher als die der SPD! Andererseits schob er Rosa Luxemburg zu, sie habe gesagt, die Gewerkschaftsführer seien Halunken. Genosse Rosenfeld wandte sich aufs entscheidendste gegen die niederträchtige Verleumdung der Revolutionärin Rosa Luxemburg. Von den zahlreich anwesenden SPD-Genossen hatte keiner den Mut, die von Rosenfeld gekennzeichnete Rolle der SPD zu verteidigen. SPD-Genossen Eisenbergs, lernt aus dem Schweigen Eurer Führer und kommt zu uns!

lein herunter. Nur der von der KPD angeführte Einheitsbrei ist für ihn und die Seinen genießbar. Die partiskommunistischen Spaltungspostel erlebten jedoch eine schwere politische und moralische Niederlage.

Dessau

Generalversammlung der SAP. Am 8. d. M. fand die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Nach dem Berichte des Vorsitzenden beträgt der Zugang seit der Gründung 25 Mitglieder, fünf sind durch wirtschaftlichen Terror der SPD und KPD wieder ausgetreten, so daß unsere Mitgliederzahl sich jetzt auf 72 beläuft. Ein kleines, aber überzeugtes Häuflein. Die Wahlen ergaben nach einigen technischen Änderungen folgendes Bild: Beibler, Vorsitzender, Seemann, Stellvertreter, Raute, Kassierer, Nagel, Schriftführer, Richter, Klätte, O. Schneider, Beisitzer. Als Schutzbundführer wurde Genosse Naurath, als Delegierter zum Bezirksparteitag Genosse Steppeler, für den Landesauschuß wurden die Genossen Naurath, Bösenner, Steppeler und Kreisel gewählt. Zum Reichsparteitag wurde Genosse Naurath vorgeschlagen. Präsidentenwahl, „Eiserne Front“, SPD und wir wurden dann in einem kurzen Vortrag des Genossen Naurath mit anschließender ausgiebiger Debatte behandelt. Klarheit herrscht bei uns: wir tolerieren nicht.

Nazis wollen Städte aushungern!

Die badische politische Polizei hat in den letzten Tagen bei einer großen Anzahl Nationalsozialisten Hausdurchsuchungen abgehalten, bei denen umfangreiches Material über einen Aushungerungsplan gegen die Städte gefunden wurde.

Die badische NSDAP richtet einen „agrarpolitischen Apparat“ ein, der zunächst einmal alle bäuerlichen P.g.s und Sympathisierenden dieser „Arbeiterpartei“ im Kasernenhofen aufforderte, „von der neuen Ernte nur soviel zu verkaufen, als mit dem Erlös die dringendsten Verpflichtungen gedeckt werden können und müssen.“ Soweit man dieses sonderbare Deutsch verstehen kann, heißt das: Die Bauern sollen nur verkaufen, wenn sie für sich Geld brauchen („Gemeinnutz vor Eigennutz“ heißt es in den 25 Punkten Hitlers). Im übrigen müssen alle Lebensmittel den Städten entzogen und für das dritte Reich sichergestellt werden, denn:

„In einem ist das deutsche Volk immer und immer wieder am sichersten und schwer-

SJV

Bezirkskonferenz

Hessen-Nassau und Hessen

Unsere Bezirkskonferenz findet am 13. und 14. ds. Mts. in Frankfurt a. M., im Haus der Jugend, Eschersheimer Landstraße, statt. Als Auftakt veranstaltet die Frankfurter Ortsgruppe des SJV Samstag, 13. Februar, 8 Uhr abends, eine Paul Levi-Feier, zu der auch die Partei-Genossen herzlich eingeladen sind.

Die Bezirkskonferenz beginnt Sonntag, 9.30 Uhr. Die Tagesordnung lautet:

1. Referat des Genossen Krall: Gegen den Imperialismus.
2. Referat der Genossin Maria Sevenich: Die innenpolitische Lage.
3. Berichte.
4. Stellungnahme zur Reichskonferenz.
5. Anträge.
6. Wahlen.
7. Verschiedenes.

Tagungsdauer: 9.30—12.30 Uhr und 15—17 Uhr. Sämtliche Ortsgruppen werden aufgefordert, Delegierte zu entsenden. Auch Gäste haben Zutritt. Die Ortsgruppen werden über die Einzelheiten der Uebernachtung und Verpflegung durch besondere Rundschreiben benachrichtigt.

Frankfurt a. M.

Das eigene Kind aufs Pflaster geworfen. Der 26jährige Spengler Jakob Heil hat in einem Wutanfall sein eigenes dreijähriges Kind über den Kopf hinweg aufs Pflaster geschleudert. Das Kind erlitt einen Schädelbasisbruch und eine Verletzung am Auge. Es besteht Lebensgefahr. — Heil ist schon jahrelang arbeitslos. Von der dürftigen Erwerbslosenunterstützung mußten noch die Raten für Möbel bezahlt werden. Hunger und Not rief die Gatten auf. Es gab Streitigkeiten. Mit dem Messer ging Heil schon auf seine Frau los. Nach dem letzten Streit sagte Frau Heil zu ihrem Mann: „Gib das Kind her, oder du bekommst es abgenommen.“ In seiner Wut beging Heil die fürchterliche Tat.

Stuttgart

Zur Bildung einer überparteilichen proletarischen Abwehrorganisation kamen am 2. Februar eine Anzahl von Genossen der Arbeitersportwehr, der KPD, der SAP, des SJV und anderer proletarischer Organisationen zusammen. Zur Lösung von Einzelfragen wurde nach gründlicher Aussprache ein Auschuß gebildet, dem von der SAP Genosse Dornbach, vom SJV Genosse Stetter beigetreten sind. Der Auschuß wird in aller nächster Zeit seine Arbeit aufnehmen.

Die „Schwäbische Tagwacht“, das hiesige SPD-Organ, bringt in ihrer Nummer vom 2. Februar den Wortlaut des Aufrufs des Sahn-Ausschusses, unterschlägt aber ihren Lesern die Namen der Unterzeichner. Dafür schreibt sie: „Die Führer der Sozialdemokratie, der freien Gewerkschaften und des Reichsbanners finden sich nicht bei den Unterzeichnern.“ Noske also kein Führer der SPD mehr? Dazu könnte man der SPD nur gratulieren!

Freiburg i. Br.

Faschingsstimmung im Allgemeinen Studentenausschuß

Der Asta, der einzige, in dem die Rechtsradikalen keine Mehrheit haben, faßte kürzlich eine Entschlieung zur Abrüstungsfrage. Mit ernster Sorge wiesen Rechtsradikale und Katholiken auf die Ungerechtigkeit hin, die Deutschland durch seine einseitige Abrüstung widerfahren sei. Sie forderten gleiches Recht für Deutschland. Daß die von ihnen erstrebte Aufrüstung auf den Stand Frankreichs einige Milliarden kosten würde, an denen wir ja bekanntlich Ueberfluß leiden, erfüllte die frommen Katholiken mit „ernster Sorge.“ Aus der Perspektive des bunten Mützchens sieht sich „das Leben“ etwas problemloser an. Dasselbe Kinderparlament, wie der Asta in der Sprache der Arbeiter heißt, begrüßte in einer Entschlieung das antisemitische österreichische Studentenrecht. Für diese Resolution stimmten 5 von den 9 Katholiken, so daß sie mit 17:8 Stimmen angenommen wurde. Diese Abstimmung ist lehrreich für diejenigen, die im Zentrum den Wall gegen den Nationalsozialismus sehen. („Es muß auch solche Käuze geben,“ muß man im Goethejahr sagen.)

Organisationsnachrichten

SAP Frankfurt a. M.: Besucht die Versammlungen des Schutzbundes in der Woche vom 15. bis 20. Februar.
 SJV Dessau: 7. Februar: Vormittagsfahrt (8.30, Niemannscherplatz). 8. Febr.: Generalversammlung der Partei.
 11. Febr.: Parlamentarischer Abend. 16. Febr.: Vorbereitung zur öffentl. Jugendversammlung. 19. Febr.: Öffentliche Jugendversammlung (Edith Baumann, Berlin). 21. Febr.: Lustiger Abend. 25. Febr.: Diskussionsabend mit der SAJ. 28. Febr.: Vormittagsfahrt. 3. März: Monatsversammlung.

Sportschau der SAZ

Fußball im Pirnaer Bezirk

Friedrichstadt I—Heidenau I 1:2. Beide Mannschaften lieferten sich am Sonntag ein schönes Spiel. Heidenau konnte trotz Ersatz den Sieg für sich buchen.

Heidenau III—Birkwik-Pratzschwik I 3:1. Birkwik-Pr. stellte eine gute Mannschaft; aber der schlechte Boden vereitelte manches.

Sonntag.

Zschachwik I—Heidenau I 3:2. Die Zuschauer bekamen ein flaches Spiel zu sehen. Zwei Spiele hintereinander ist doch für H. auch zu viel. Zsch. gelang die Revanche mit dem gleichen Resultat, mit dem sie die letzte Niederlage einstecken mußte. Helios A. H. gegen Heidenau AH. 5:0; Rottwerndorf III gegen Heidenau IV 8:2; Heidenau II gegen Coschütz I 0:4; Heidenau III—Neustadt III 4:7.

Handball in Heidenau

Heidenau Ib—Schirfa I 0:3 (0:3). Das von Z. sehr ernst genommene Spiel am Sonntag brachte ihnen einen verdienten Sieg. Die Ib war gegen frühere Spiele nicht wiederzuerkennen und hatte mit Torwürfen reichlich Pech. Schiri gut.

Sonntag.

Heidenau I—Zschachwik I 4:2 (1:2). Der vom vorangegangenen Tauwetter zertretene

und plötzlich festgefrorene Platz stellte hohe Anforderungen an die Spieler. Die Spielhandlungen wurden dadurch unangenehm beeinflusst. Den Führungstreffer der H. glich Zsch. umgehend aus und legte bis zur Halbzeit ein weiteres Tor vor. In der zweiten Halbzeit hatte H. mehr vom Spiel und konnte durch raffinierte Torwürfe das Endergebnis festlegen. Schiri gut.

Das vorangegangene Spiel beider Jugendmannschaften gewann H. verdient mit 8:2.

Entracht Sportlerinnen—Heidenau Sportl. 1:1.

Arbeitersport in Thüringen

Fußball

Altenburg: Rositz—Turnerbund 4:0. Rositz II—Thürna 3:4. Rositz III—Zichau III 3:1. Rositz Jugend—Wintersdorf 2:2. Rositz I—Knaben—Wintersdorf 10:0. Rositz 2—Knaben geg. Wintersdorf 2. Knaben 0:1. Freuen I—K. Sportl. 5:2. Freuen II—Thürna II 4:1. Wintersdorf—Wahlitz 3:3. Wintersdorf II—Wahlitz II 4:4. Wintersdorf III—Lucka II 3:4. Meuselwitz—Eythra 1:3. Meuselwitz III—Eythra II 1:2. Vorwärts—Janchau 3:3. Vorwärts II—Glauchau II 2:4. Vorwärts III—G. Müntz II 4:0. Zipsendorf—Zichau 3:1. Zipsendorf II—Breitenhain 9:1. Zipsendorf III—Trehen II 11:0. Zipsendorf IV—Breitenhain II 5:3. Zipsendorf-Jugend geg. Bornitz-Jugend 0:0. Zipsendorf-Knaben—Lucka-Knaben 0:0. Nobitz-Jugend—Schm. Ith-Jugend 1:2. Vorwärts-Jugend geg. Glauchau Jgd. 0:3. Nobitz I—Schmoln 1:5. Vorwärts-Knaben—Thürna-Knaben 1:0.

Gera: Zwätzen—Plörten 2:2. Vorwärts-Weida—Naundorf 2:1. Rubitz—Leumnitz 2:0. Wünschendorf—Gommla 11:3.

TG Ronneburg—Gera-West 1:9. SpV. Ronneburg—Union-Triebes 4:1. Greiz-Kurtachau—Irchwitz 7:2. Greiz-Aubachtal—Pohlitz 4:1.

Saalfeld: Könnitz—FSV Jena 2:1. SpV. Saalfeld gegen Könnitz 4:6. Königsee—Rudolstadt 1:3. SpV. Saalfeld gegen VVB. Saalfeld 1:1. Pößneck—Neustadt 1:3.

Erfurt: Städtemannschaft Ilmenau—Städtemannschaft Erfurt 3:3. — Innerhalb einer Woche trugen beide Städtemannschaften zwei Spiele aus, die beide Male unentschieden verliefen. Das erste Spiel fand im Erfurter Stadion statt. — TG Erfurt—VfT. u. R. 3:3. Unterg. Elitz geg. Sp. Ilmenau 1b 3:3. Roda-Ilmenau—Geschwenda 2:2. TG. Erfurt—Gräfinau—Angstadt 5:0.

Jena: FVV. Jena—Gera-Unterhaus 3:2. SpV. Weimar gegen SpV. Apolda 0:1. Wacker-Kahla—Apolda 5:0.

Salzungen: Gruppe Salzungen—Gruppe Eisenach 2:1. BSV. Salzungen—Schweina 2:3.

Steinach: TV. Steinach—N.-Uf.-Sonneberg 4:1. Lauscha—Steinach 1b 2:2.

Weißfels: Naundorf—Wilschütz 7:1. Langendorf geg. Mersberg 3:2. Theiden VII. Neuenburg 4:0. Hohenmilsen geg. Rehdorf 6:0. Trebnitz—Prösen 5:1. Zeitz—Zengenberg 1:1. Grana—Zeitz-Aue 2:2. Mutschau—Wilschütz 3:2.

Kleine Sportnachrichten

Freie Faltboofahrer Berlins E. V. Zusammenkünfte: Donnerstag, 11. Februar, 20 Uhr, Gruppe Norden: Wildenowstraße 5, Zimmer 3. Vortrag: Freizeitsport und Arbeitersport — Gruppe Südosten: Große Frankfurter Str. 16, Zimmer 5. Liederabend: „Wir und ihr“. Musikinstrumente mitbringen — Am Montag dem 15. Februar, findet die Funktionärsitzung im Restaurant „Zur Linde“, Uferstraße 13, um 20 Uhr statt.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Gau Sachsen, 7. und 8. Bezirk

Wander- und Ferienheim am Vallenberg bei Neukirch-Lausitz — Wanderauskaufstelle: Alfred Richter, Zittau, Peschkestraße 9/2.

Radeberg: 12. Februar: Öffentlicher Filmabend im Kaiserhof. „Amerika von heute“ — 16. Februar: Heutiger Abend im Guttemplerheim. Beginn 20 Uhr.

Sebnitz: 11. Februar: Monatsversammlung mit anschließendem Lichtbildervortrag: „Meine Walzerlebnisse in den französischen Vogesen“ Ref.: Gen. Mantke. Beginn 20 Uhr. Vereinslokal. — 14. Februar: Nr. Auf neuen Wegen zum Jägerhaus. Treffen 13.30 Uhr an der Brauerei. F.: Gen. Kleinstück.

Großröhrsdorf: 14. Februar: Nw. Kreuz, Hauswalda. Treffen 14 Uhr am V.L. F.: Gen. Joh. R. ntsch. — 17. Februar: Monatsversammlung 20 Uhr im Vereinslokal.

Kirschau: 14. Februar: Nw. nach Denkwitz zur Besichtigung der Pelzfarm. Treffen 13 Uhr an Pauls Fabrik. F.: Gen. R. Paul.

Sebnitz: 12. Februar: Versammlung in der Schutzhütte.

Zittau: Jugendgruppe: 12. Februar: Versammlung im V.L. — Wintersportabteilung 18. Februar: Wintersportversammlung 20 Uhr am Adler.

Löbau: 14. Februar: Rund um drei Birken. Treffen 13 Uhr am Rathaus. F.: Gen. Stiefel. — 17. Februar: Zusammenkunft der Jugendlichen 20 Uhr im V.L.

Ebnau-Waldorf: Der „Lichtgang zu Krieger — Paule uf de Hutsche“ ist auf 20. Februar verschoben. — Kindergruppe: 11. Februar, Lichtgang zu Pauls Walter in die Elbe. 20 Uhr.

Neugröndorf: 16. Februar: Unterhaltungsabend. Filmstreifen eines bekannten Wandergiebtes. 20 Uhr im V.L. — Wintersportsektion 14. Februar: Nw. nach dem Frenzelberg und Rauchberg. Treffen 13 Uhr am Wasserturm.

Seiffhennersdorf: Jugendgruppe: 11. Februar: Jugendabend. Vorlesung über Menschen um achtzehn 20 Uhr im utendheim alte Webschule.

Hirschfelde-Reibersdorf: 12. Februar: Bunter Abend, verbunden mit Fastnachtsummel. 20 Uhr im Heim. Bringt frohe Laune mit — 14. Februar: Halbtagstour nach dem Heidenstein. Treffen 13 Uhr beim Gen. Mansfeld m. Rad. — Zu allen Veranstaltungen der Ortsgruppen sind Gäste herzlich willkommen.

Organisationsnachrichten

SAP

Ortsgruppe Tempelhof: MV Freitag, 12. 2. 20 Uhr. Lokal II. Innow. Mariendorf, Chausseestraße, Ecke Kurtstabenstraße. Ref.: Gen. Seigewasser. Thema: Aufgaben und Ziele der SAP.

Ortsgruppe Neukölln: Mitgliederversammlung nicht am 19., sondern am 22. 2.

SAP Brandenburg a./H.: Donnerstag, 11. Februar, Referentenkurs bei Möller, Maerkerstr. 3. — Dienstag, 16. Februar, Frauenarbeitskreis: Stellung der Frau im Arbeitsleben.

SJV

Mitteilung der Bezirksleitung

Aktionsbezirk Nord-Ost: Heute, „Ladigenheim“, Casino-Festale, Pappel-Allee 15. Thema: „Jungarbeiter fordern Klassenarbeit“. Eintritt 10 Pf., Erwerblose 5 Pf. Es sprechen die Genossen Will Schaber und Herbert George.

Heute, 11. Februar, 19.30 Uhr:

Charlottenburg-Mitte: Tagespolitik.

Frankfurter Allee II: Tagespolitik.

Mitte Nord: Faschismus I.

Mitte Süd: Tagespolitik.

Mohrstr. Judentum.

Schönberg-Friedenau: Kampfliederabend.

Süd-West: Arbeitsgemeinschaft Kurt Keck.

Schönweide: Einführung in den Marxismus.

Westend: Tagespolitik.

Weißensee: „Karl Marx“; Tagespolitik.

Zehlendorf: Bei Rieck, Eisvogelweg 35.

Unterbezirk Prenzlauer Berg: Gesamtbeteiligung im Ladigenheim, öffentliche Versammlung.

Unterbezirk Pankow: Geschlossene Beteiligung Casino-Festale, Pappel-Allee 15.

Unterbezirk Mitte: Wir gehen zum Ladigenheim, Pappel-Allee 15. Öffentliche Jungarbeiter-versammlung.

Freistellige Gemeinde, 3. Bezirk: Freitag, 20 Uhr, Schönwälder Straße 5, bei Beiersdorf, Bezirksversammlungen.

Bericht von der Delegiertenversammlung. Vortrag A. Harndt: Terrorismus der Kirche gegen die Freidenker.

Freie Arbeiter-Stenographenvereinsvereinigung Groß-Berlin: Neuer Anfängerkursus in Reichsdeutsch. Beginn: Dienstag, 16. Februar, 19.30 Uhr, in der Schule, Senefelderstraße 6. Mitgliedsbeitrag: Erwachsene 1,50 M., Jugendliche 1,— M. Erwerblose 0,50 M. monatlich. Erforderlich sind die Beherrschung der Verkehrsschrift und eine Schreibgeschwindigkeit von 100 Stößen in der Minute. Weitere Auskunft: A. Theisen, Tegel, Brunowstr. 47 I.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Beutner, für Inserate: Jobstmann, Hoffmann.

Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin, O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM : 30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

Postcheckkonto Berlin NW 7 Nr. 153 928.

Der Arbeitersport in der Nachkriegszeit

Nach dem Kriege durchlebte die Arbeiter-sportbewegung, wie die Arbeiterbewegung überhaupt, kritische Zeiten. Der Kapitalismus, den man in seinen Todeskämpfen wähnte, ging mächtiger den zuvor, konzentrierter und organisierter aus der Nachkriegskrise hervor. Diese Entwicklung ließ es zu, daß große Teile der Arbeiterbewegung sich von der Idee des proletarischen Klassenkampfes abdrängen, in die Richtung der sogenannten „Staatspolitik“ führen ließen. Auf der anderen Seite stand Sowjetrußland — das allein in der Hoffnung auf die revolutionäre Entwicklung auch in anderen Ländern die Macht eroberte und verteidigte — durch die Stabilisierung des Kapitalismus isoliert da. Zur Überwindung der russisch-nationalen Schwierigkeiten wurden alle internationalen Organisationen, die in den Händen der Bolschewiki lagen, benutzt. Dadurch, wie durch die SPD-Politik, wurde die Arbeitersportbewegung ideologisch und organisatorisch geschwächt.

Allerdings wäre es ungenügend, die Taktik der Kommunisten in den Massenorganisationen allein aus russisch-außenpolitischen Notwendigkeiten erklären zu wollen, denn bereits der 2. Weltkongreß der „Kommunistischen Internationale“ (17. Juli—7. August 1920) beschloß, daß „in ausnahmslos allen Organisationen Gruppen oder Zellen von Kommunisten geschaffen werden müssen, hauptsächlich offene, aber auch geheime“, um die Massen für den Kommunismus zu gewinnen. Wie damals schon eine besondere Gewerkschaftsinternationale bestand, existierte auch eine „Rote Sport-Internationale“. Die Kommunisten sollten die Sport- und Massenorganisationen für die „RSI“ (Rote Sport-Internationale) gewinnen. Sie wurden darum zur strengsten Fraktionsarbeit und Fraktionsdisziplin verpflichtet. Die Beschlüsse der Partei waren für die Funktionäre bindend.

Diese parteimäßig gebundene Arbeit in den Organisationen ergibt sich nicht zuletzt aus der bolschewistischen Ueberbetonung der Rolle des Parteiparats in der proletarischen Revolution. Die Verstärkung der Partei sehen sie als Maßstab für die wachsende Kraft der Arbeiterklasse an, unabhängig davon, wie es sonst im Proletariat aussehen mag. Und so wurde denn aus dem Kampf der KPD gegen die an die SPD gebundenen Verbände nicht etwa eine parteimäßig ungebundene, in der Ideologie und Erziehung aber revolutionäre Bewegung, sondern die von den Kommunisten

eroberten Verbände wurden an die KPD gebunden. Im Grunde war also kein Schritt vorwärts getan.

Während sich die breiten Arbeitermassen „häuslich in der Republik einzurichten“ begannen, die Spitzen der Verbände mehr und mehr mit denen des Staates in Berührung kamen und die finanzielle Abhängigkeit bald auch eine ideologische nach sich zog, die wieder zu all den bekannten Rückschlägen für die Arbeiterbewegung führte, die Gegensätze innerhalb des deutschen Proletariats verschärften. Das schuf den Boden für die Kommunisten, die in der Tat nicht mit sehr erfreulichen Mitteln gearbeitet haben. Der politische Kampf wurde von beiden Seiten sehr primitiv geführt, da die Arbeitersportler in politischer Hinsicht nicht gerade besonders aktiv waren. Andererseits ist jedoch festzustellen, daß gerade durch die Gegensätze viele politisiert wurden, wenn auch andere umgekehrt angeekelt um so tiefer ins Natursportletium versanken, wenn sie nicht gar der Arbeitersportbewegung den Rücken kehrten.

Wir wären heute ein gut Stück weiter, wenn das Ziel der Arbeit nicht die Verstärkung der Partei, sondern der Klasse gewesen wäre. Es steht unumwunden fest, daß auch im Bundesvorstand Kräfte für die marxistische Vertiefung der Arbeitersportbewegung am Werke waren und noch sind. Allerdings wurden sie geschwächt, denn nach der Spaltung wurde jede Opposition als Kampf gegen den Bund und für die Kommunisten gewertet. Im Opponenten sah man einen verspäteten Spalter. Und ferner wurde durch die Spaltung die Macht der zentralen Körperschaften erweitert, die Bewegung nahm stärker bürokratische Züge an, die Presse wurde sehr vorsichtig usw. Die Folge der Spaltung war andererseits, daß sich die Arbeitersportbewegung immer mehr an das Reichsbanner, die SPD und andere Organisationen mehr republikanischen als sozialistischen Charakters anlehnten. Die notwendige sachliche Opposition fehlte oder war sehr geschwächt, und die Gesamtbewegung wurde nach rechts abgedrängt. Das ist das entscheidende Resultat des kommunistischen Abenteuers!

Und wie sieht es in der Roten Sportbewegung aus? Keineswegs besser. Viele, die tatsächlich glaubten, es gehe nur um die Revolutionierung des Bundes, waren nach der Spaltung nicht wenig erstaunt, von einer

Filiale in die andere zu kommen. Die KPD nahm die abgesplitterten Gruppen vollkommen unter ihre Fittiche, riß durch „Zentralisation“ alle Macht an sich und unterschied selbst im Sport zwischen „Renegaten“, „Brandleristen“, „Leninschändern“ und „Linientreuen“! Die reifsten Elemente lehnten sich dagegen auf, viele der Besten gingen zum Bund zurück. Bereits im Jahre 1926 sagte Lieske, Gründer der R. S. I. über den Kadavergehorsam in der Roten Sportbewegung: „Wenn das so weiter geht, werden Kommunisten aus Disziplin die nächsten Kriegskredite bewilligen“. Und was charakteristischer ist: „Der Verfall der Roten Sportinternationale hängt mit der Außenpolitik Sowjetrußlands zusammen. Rußland mußte stoppen in seinem revolutionären Vormarsch...“ Aus diesen Gründen spielten die Kommunisten auch mit allen möglichen bürgerlichen Mannschaften, ja sogar mit faschistischen in Finnland und Italien. Lieske zitiert aus einem Mannschaftsbericht: „Wir hatten zu schlagen, was zu schlagen ist. Im übrigen hat der Sowjetvertreter in Schweden unser Auftreten dahin erkrant, daß es ihm durch die Spiele mit bürgerlichen gelungen sei, einen vorteilhaften Handelsvertrag abzuschließen!“ Bei vielen anderen Gelegenheiten rechtfertigten die Russen so die Spiele gegen bürgerliche Vereine. Gegenwärtig laufen unter anderem Verhandlungen auch mit Italien. „Sollte ich das alles mit meinem Namen decken?“ fragt Lieske, und fährt fort: „Hätte ich das getan, ich säße heute wohlbestallt in Moskau“. Das können wir ihm glauben. Zweifellos stehen an der Spitze der R. S. I. nicht die Charakterfestesten. Und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die R. S. I. kein revolutionärer Faktor für das Proletariat ist.

Wenn wir von dem Gedanken des kommunistischen Manifestes und des Spartakusprogramms ausgehen, so steht für uns fest, daß die Arbeiterklasse nur dann den Sieg erringen kann, wenn sie dazu vorbereitet ist. Wir müssen in sachlichem Kampf und in zäher geduldiger Arbeit innerhalb der Sportorganisationen für den Sozialismus als Aufgabe der Klasse arbeiten und uns dessen bewußt sein, daß die Zeit für uns arbeitet, daß die eingangs erwähnte Tendenz, sich in diesem Staat einzurichten, unter der Arbeiterschaft immer mehr und mehr an Boden verliert.

Volkstheater

D 1 Norden 194
Donnerstag 8 Uhr

Liliom

mit Hans Albers
Freitag 8 Uhr:
Zum 1. Male

Fuhrmann Henschel
mit Jannigis Welser

Rose-Theater

Groß-Frankfurter Str. 132
Tafelberg Weide 147
Donnerstag u. Freitag
8.15 Uhr:

Der Bettelstudent

CIRCUS BUSCH
101. Weddingener Platz
Tafelberg Weide 147
8.15 Uhr, 8.30 Uhr

Münz-Theater

Münzstr. 10
Donnerstag u. Freitag
8.15 Uhr:

Die Pranke

und Die spanische Fliege

Kampfsignal

erscheint morgen!

Lest und verbreitet

die von Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!

Anzeigen-Werber

gesucht für Zusammenstellung von Bezugsquellenverzeichnissen einer Tageszeitung.

Höchste Provisoren, sofort bares Geld!

Angebote sind zu richten unter „Postlagerkarte Nr 78“, Berlin SW 48

Tüchtiger Chauffeur

mit sämtl. Führerscheinen sucht per sofort Stellung. Sicherer In- und Auslandsfahrer, gewissenhafter Wagenpfleger (Schlosser und Elektriker). Unbestraht, absolut ehrlich fleißig und pünktlich. Angebote unter „Chauffeur“ an die Sichel-Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

Freie Turnersportler

Wir laden hierdurch alle unsere Mitglieder zu dem am Freitag, dem 12. Februar, in der Turnhalle stattfindenden Feiern des 29. Jährigen Vereins-Bestehens freundlichst ein.

Konzer. am gesamten Mylauer Erdreiseschle. Nachden. Ball. Beginn pünktlichst 8 Uhr. Freil. Heil! Der Turnrat.

Die Ente

Er erscheint jeden Donnerstag

Aus dem Inhalt der neuen Nummer:

Brüning und der Kronprinz
Sittange licht b. i. K. m. plinski
Der schwerhörige Pfarrer
Osa! Noske! Die National-
trochisten B. utloes Diner
im Braunen Haus

11. Jahrgang

Bei allen Zeitungshändlern. Probenummern gratis vom Verlag, der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Werbi

„Ur d'e SAZ“

Lest und verbreitet

die von Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!

Die Ente

Er erscheint jeden Donnerstag

Aus dem Inhalt der neuen Nummer:

Brüning und der Kronprinz
Sittange licht b. i. K. m. plinski
Der schwerhörige Pfarrer
Osa! Noske! Die National-
trochisten B. utloes Diner
im Braunen Haus

11. Jahrgang

Bei allen Zeitungshändlern. Probenummern gratis vom Verlag, der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Werbi

„Ur d'e SAZ“

Lest und verbreitet

die von Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!

Todesanzeige!

Unser Genosse

Fritz Bauer

starb nach langem Leiden im Alter von 57 Jahren. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beisetzung der Urne findet am Donnerstag, dem 16. Februar, 3 1/2 Uhr auf dem Nordfriedhof statt.

Wir bitten um rege Betheiligung.

Sozialistische Arbeiter-Partei Düsseldorf (D Fliegern)

Wie kommen wir zum Sozialismus?

Diese Frage behandelt Max Adler (Wien) in der soeben herausgegebenen

neuesten Nummer des „Klassenkampf“

Die Nummer enthält außerdem einen Beitrag über „Die Organisation der KPD“, „Vorschläge über unsere Arbeit unter den Erwerblosen“ und „Beiträge zur Diskussion über als Räte- und Währungsproblem“.

Der „Klassenkampf“ ist das theoretische Diskussionsorgan der SAP

Jeder Parteigenosse muß es lesen! Es muß hinein in die Massen!

Der „Klassenkampf“ kostet monatl. 45 Pf., vierteljährl. 1,35 RM. Bestellungen an unsere Vertriebsobleute in den Ortsgruppenleitungen oder direkt an die

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Bln. - Tempelhofer Platz 67

Postcheckkonto Berlin NW 7 Nr. 153 928.

Der tägliche Vorwärtsschritt

In Dessau sind seit der Gründung 36 neue Mitglieder der Partei beigetreten.

In Netzschkau brachte auch die letzte öffentliche Versammlung wiederum neuen Zuwachs für die Partei.

Die Stadt Breslau meldet 145 Neuaufnahmen allein im Monat Januar.

Reichsbanner und Ordnergruppen

Bekanntnis einer schönen Seele

Der Genosse Paul Faure, Generalsekretär der französischen Sozialistischen Partei, hat in Deutschland eine Propagandareise für die SPD absolviert. Dabei war er auch in Dresden und hat auf der Fahrt mit einem Willy gesprochen, unter dem man wohl mit Sicherheit den Parteisekretär Willy Sander vermuten darf. Faure fragte Willy, warum eigentlich in den Versammlungen Reichsbannerleute und Ordner gleichzeitig anwesend seien. Und Willy gab nach dem Bericht Paul Faures im „Populaire“ die folgende Antwort:

„Das kommt daher, daß die Arbeiterbewegung hier sehr links, sehr klassenkämpferisch ist. Das Reichsbanner ist keine rein sozialistische Organisation. Gewiß ist es zu 90 Prozent aus Sozialdemokraten zusammengesetzt, aber trotzdem mochten sich viele unserer Genossen nicht daran beteiligen. Deswegen haben wir die Ordner geschaffen. Die beiden Gruppen vertragen sich übrigens sehr gut.“

Soweit der Bericht Paul Faures. Willy hat ihm nichts davon erzählt, daß die „gute Ehe“ (von bon ménage spricht Paul Faure) manchmal durch herzhaften Meinungsaustrausch in handgreiflicher Form, wie in Berlin, getrübt wird. Allerdings waren die damals attackierten Ordner Jungsozialisten und den parteivorständlichen und parteisekretarischen Ideologien nicht sehr zugänglich; deshalb „oben“ auch nicht sehr beliebt. Willy hat dem französischen Kollegen auch lieber nicht gesagt, daß das mit den 90 Prozent Sozialdemokraten wohl für Sachsen zutrifft, daß in anderen Gegenden — im Rheinland zum Beispiel — die Dinge schon wesentlich anders aussehen, und daß die „Offiziere“ im Reichsbanner sehr oft aus bürgerlichen Parteien genommen werden und die sozialdemokratischen Mannschaften nach ihrem Exerzierreglement dirigieren.

Aber viel wichtiger ist das Bekenntnis Willys, zu welchem Zweck die Ordnertrupps geschaffen worden sind. So schnell wie ihre Führer vergessen die sächsischen Proletarier eben doch nicht die Vergangenheit. Sie sind jahrelang im Dresdener Bezirk so „verarztet“ und „veredelt“ worden, haben die großmäuligen scheinradikalen Tiraden, die von den Lautsprechern nicht ernst gemeint waren, so ernst genommen, daß ihr guter proletarischer Instinkt trotz aller Parteibindung vor Reichsbanner und Eiserner Front-Ideologie zurückscheut. Und nun sollen sie auf einem kleinen Umweg, über die Ordnergruppen, so langsam in das Lager geführt werden, wo der Arzt, Edel und Willys Kompagniefeldwebel-dienste tun. Das ist des Pudels Kern, und Paul Faure, der das natürlich nicht wissen kann, plaudert aus, was ihm sicherlich mit Augurenlächeln im Stolz über die taktische Gerissenheit von Willy versetzt worden ist. Da war ein Schläuer wieder einmal nicht schlau genug.

Doktor Max Beer

Berlin, 10. Februar

Herr Dr. Max Beer, der vom Genfer Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ zum deutschen Mitglied der Informationsabteilung des Völkerbundes aufstieg, diese Position im Verlauf von Rangstreitereien mit seinen französischen und englischen Kollegen aufgab, um danach einen erbitterten Pressefeldzug gegen seinen Nachfolger, den sozialdemokratisch organisierten Dr. Egon Wertheimer zu eröffnen, ist jetzt als Sonder-Korrespondent der schwerindustriellen „DAZ“ wieder in den Beruf gelangt.

Darf man fragen, ob ihm neben seinen Einkünften aus dieser Tätigkeit auch noch die 12 000 Mark jährlich weitergezahlt werden, die das Auswärtige Amt aus seinem geheimen Informationsfonds für diese ihm wertvolle Kraft locker gemacht hat?

Auf dem Weg zum Zollimperium

London, 10. Februar

Reuter erfährt, daß auf der Britischen Reichswirtschaftskonferenz in Ottawa im Sommer diese Jahres die britischen Kolonien ebenso wie die Dominions vertreten sein würden. Der Staatssekretär für die Dominions, Thomas, hat in einer schriftlichen Antwort auf die Frage eines Unterhausmitgliedes mitgeteilt, daß Beratungen mit den Dominions erst nach Ausarbeitung des britischen Zolltarifgesetzes stattgefunden haben.

Wer ist für Hindenburg?

Hitler kündigt die nationalsozialistische Sonderkandidatur an

Berlin, 10. Februar 1932.

Von der republikanischen Presse wird in den letzten Stunden geflüstert verbreitet, der Stahlhelm und wohl auch der Kyffhäuserbund hätten sich nunmehr endgültig für Hindenburg begeistert und würden schon in kürzester Frist mit einem Aufruf für die Kandidatur ihres Ehrenmitgliedes hervortreten.

Es scheint, daß hier keine Stimmungsmache vorliegt, daß Zwecknachrichten verbreitet werden, die mindestens ein noch keineswegs feststehendes Resultat vorwegnehmen. Richtig scheint nur soviel zu sein, daß gewisse Kreise um Hindenburg — also wohl einerseits der, an dessen Spitze der Staatssekretär Dr. Meißner steht, und andererseits die Gruppe um den Oberst von Hindenburg — sich bei den Kriegerbünden und beim Stahlhelm in dieser Richtung bemühen.

Für Hindenburg hingegen hat sich neuerdings auch der Herausgeber des „Tage-Buch“ erklärt, einer Zeitschrift, die einmal stolz war, republikanischen Interessen zu dienen, die einmal mutig auch den bodenlosen Opportunismus der Sozialdemokratie bekämpfte. Wie lange ist das her? Der Herausgeber Schwarzschild, der solcherart auf einen Ehrenplatz in der „Eisernen Front“ spekuliert, hat sich noch kürzlich vom „Vorwärts“ sagen

lassen müssen, daß man ihn nicht ernst nehme. Im Prozeß Ullstein hat dieser republikanische Vorkämpfer eine seltsame Rolle gespielt. Durch seine eigene Aussage ist gerichtskundig geworden, daß er sich sein Eintreten für den von Haus und Hof verjagten Dr. Franz Ullstein gebührend hatte honorieren lassen.

Man muß fragen: Wer zahlt jetzt? Hitler hat gestern im Sportpalast geredet und die herrliche Menge auf die Entscheidung vertröstet, die er zum rechten Zeitpunkt bekanntgeben werde. Sie werde „Schreie der Begeisterung“ wecken. Diese Wortprägung aus der Schlafzimmer-Sphäre weckte nun ihrerseits nicht Stürme der Heiterkeit, sondern Schreie der Befriedigung.

Bedingungen

Berlin, 10. Februar

Die beiden Stahlhelmführer Seldte und Düsterberg sind heute mittag von Herrn von Hindenburg in Audienz empfangen worden. Sie haben ihm nicht vorbehaltlos angefragt, sich wiederum als Reichspräsidentenwahlbewerber aufstellen zu lassen. Vielmehr verlaute, daß sie im Einklang mit früheren Stahlhelmkundgebungen den Rücktritt der Regierung Brüning als Bedingung gestellt haben.

Graf von Helldorf und Fritz Ebert

Ein Kapitel deutscher Justiz

Berlin, 10. Februar.

In seiner recht lesenswerten Begründung für den Freispruch des Grafen von Helldorf von der Anklage des Landfriedensbruchs hat der Landgerichtsdirektor Ohnesorge ausgeführt, daß das Auftreten dieses Angeklagten am Abend des jüdischen Neujahrsfestes am Kurfürstendamm durchaus den Tatbestand des Landfriedensbruchs erfülle. Nach ständiger Rechtsprechung der Gerichte machen sich Personen, die sich in eine zusammengeordnete Menge mischen, ebenfalls des Landfriedensbruchs schuldig, selbst wenn ihnen eine Teilnahme an den auf Landfriedensbruch gerichteten Bestrebungen dieser Menge nicht nachgewiesen werden kann.

Im Fall des Grafen von Helldorf ist nun das Gericht Ohnesorge von dieser feststehenden Praxis abgegangen. In der Begründung heißt es:

„Graf von Helldorfs Verhalten erfüllte objektiv durchaus den Tatbestand des Land-

friedensbruchs, aber in subjektiver Beziehung sei ihm nicht nachzuweisen, daß er das Bewußtsein und die Vorstellung hatte, durch sein Hinzukommen die Gefahr zu erhöhen.“

Diese Begründung entspricht aufs Haar jener anderen, mit der dem späteren Reichspräsidenten Ebert der Vorwurf des Landesverrats und Kriegsverrats nicht oder vielmehr doch gemacht wurde.

Ebert habe durch seine Teilnahme an jener Streikversammlung in Treptow zweifellos Kriegsverrat geübt, obwohl ihm das Bewußtsein und die Vorstellung hiervon und dafür ausgesprochenemangelte; denn er wollte ja den Streik abwürgen und so Schaden und Nachteil von der kaiserlichen Kriegsmacht abwenden.

So entschied seinerzeit das Reichsgericht. Landgerichtsdirektor Ohnesorge hat aus dem Ebert-Urteil seine Entscheidung abgeleitet... —b.

Verbot des „Anderen Deutschland“ bestätigt

Berlin, 10. Februar.

Das Reichsgericht hat durch Beschluß vom 26. Januar die Beschwerde gegen das vom Polizeipräsidenten in Berlin am 8. Januar ausgesprochene Verbot der in Berlin erscheinenden periodischen Druckschrift „Das Andere Deutschland“ verworfen. — Die unbehagliche Stimme des tapferen Blattes muß eben zum Schweigen gebracht werden. Die Bourgeoisie fürchtet sich vor ihr!

Volksentscheid in Bremen

Bremen, 10. Februar.

Wie der Bezirk Weser-Ems der NSDAP bekanntgibt, wird die NSDAP einen Antrag auf Einleitung des Volksentscheids zur Herbeiführung des Rücktritts des Bremer Senats einbringen. Die für Freitag in Aussicht genommene Sitzung der Bremischen Bürgerschaft ist auf den 19. Februar verschoben worden.

Verbilligte Kurztelegramme

Berlin, 10. Februar.

Eine neue, billige Telegrammart läßt die Deutsche Reichspost vom 16. Februar an verschickweise im Inlandverkehr in Form der Kurztelegramme zu. Unter „Kurztelegramm“ (KZ) versteht man ein in offener Sprache abgefaßtes Telegramm, das mit der Adresse und dem Dienstvermerk „KZ“ nicht mehr als 8 Gebührensätze enthält, z. B. „KZ — Subito Magdeburg Eintreffen morgen Sonnabend 11,30 Rehländer“ oder „— KZ — Stephan 1176 — Krüger Berlin Angelegenheit bestens geordnet Fischer“. Das KZ-Telegramm kostet im Orts- und Fernverkehr 50 Rpf. Aufgeben kann man ein Kurztelegramm wie jedes andere Telegramm, also auch durch Fernsprecher. Man kann ferner vereinbarte Kurzschriften und die sogenannte Fernsprechschrift anwenden.

Befördert wird das neue Telegramm wie ein Brieftelegramm hinter den vollbezahlten Telegramm. Im Telegrammkopf werden Wortzahl und Aufgabeseite nicht angegeben. Die Zustellung erfolgt durch den Briefträger auf dem nächsten Briefzustellgang oder es wird zu derselben Zeit zugesprochen. Erhält der Empfänger seine Post nicht durch den Briefträger, sondern durch Schließfach, so werden ihm auch KZ-Telegramme auf diese Weise zugeführt. Bei zugesprochenen KZ-

Telegrammen wird dem Empfänger die Telegrammausfertigung nicht besonders zugesandt. Gebühren für KZ-Telegramme werden nicht erstattet.

Stahlhelm fordert Grenzschutz

Die Bundesführung des Stahlhelm hat folgende Drahtung an Brüning gerichtet: „Rechtsbruch in Memel beweist erneut völlige Schutzlosigkeit im Osten. Daher ist Aufstellung eines Grenzschutzes an deutschen Ostgrenzen erforderlich, die überall bedroht sind. Nur dann wird auch der Einspruch in Genf wirklich Nachdruck erhalten.“ Grenzschutz? Haben wir den nicht schon?

Präsidentensorgen der VVV

Berlin, 10. Februar

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands geben bekannt: „Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands sehen mit tiefem Bedauern, daß der nationale Name Hindenburgs von den Parteien, die ihn vor sieben Jahren auch unter Hinweis auf sein damaliges Alter geschmäht haben, jetzt für ihre internationalen, pazifistischen und atheistischen Parteiziele noch weiter mißbraucht werden soll, als es leider bisher schon geschehen ist. Wir selbst halten das Zusammengehen mit Ullstein, Mosse und Vorwärts für nationalen Selbstmord. Stets haben wir uns für einen gemeinsamen Kandidaten der Harzburger Front eingesetzt und treten daher auch heute noch nachdrücklichst hierfür ein.“

Aussperrung in Dänemark vertagt?

TU. Kopenhagen, 10. Februar.

Wie Dienstag abend bekanntgegeben wurde, hat der dänische Ministerpräsident den staatlichen Schlichter zu einer neuen Besprechung zwischen den Parteien im Arbeitskonflikt ermächtigt. Dies soll u. a. auch auf das Eingreifen des Königs zurückzuführen sein. Am Mittwoch findet die neue Besprechung zwischen dem Schlichter und den beiden Parteien statt und man hofft, daß die für Freitag angesetzte große Aussperrung zum mindesten vertagt wird.

Edgar Wallace gestorben. Edgar Wallace, der bekannte englische Romanschriftsteller, ist heute in Hollywood verstorben.

Japanischer Bilderbogen

Illustration zur Genfer Friedensrede

Schanghai, 10. Februar.

Die Japaner richten ihre größten Anstrengungen darauf, die Wusung-Forts zu erobern. Für den Mittwoch ist ein groß angelegter Angriffsplan vorgesehen, durch den der chinesische Widerstand endgültig gebrochen werden soll. Die Japaner haben 33 Kriegsschiffe bei den Forts zusammengezogen. Der Kommandeur des Geschwaders teilte Pressevertretern am Dienstag mit, daß er die Forts am Mittwoch bestimmt einnehmen werde und die Pressevertreter am Mittwoch, vormittags 8.30 Uhr, dort zu treffen hoffe. Die Chinesen haben ihre Verteidigungsstellungen dadurch verstärkt, daß sie sich in einer Ausdehnung von 30 Kilometern entlang dem Ufer des Wusung-Flusses von Wusung nach Liuhu in Schützengraben verschanzt haben.

Inzwischen führt der Völkerbundsrat seine Beratungskomödie weiter, die er selbst kaum mehr ernst nimmt. TU. z. B. berichtet: „Allgemeine Heiterkeit erregte es, als der japanische Botschafter Sato erklärte, die japanische Regierung habe die Absicht, in nächster Zeit die Feindseligkeiten einzustellen.“

Etwas anders lautet die Darstellung des Wolff-Büros. Danach löten die Friedensbetuerungen des Japaners „im Publikum ironischen Widerspruch aus, der durch einen energischen Hammerschlag des Präsidenten zum Schweigen gebracht wurde.“

Das ist auch die einzige energische Aktion, die von Genf kommt und von dort zu erwarten ist. Weder USA noch England haben im Augenblick die Neigung, den Japanern ernsthaft in den Arm zu fallen, und der Völkerbund ist infolgedessen erst recht ohnmächtig, irgend etwas zu tun. Er bemüht sich nur krampfhaft „das Gesicht zu wahren“, das er schon längst verloren hat.

100 ausländische Kriegsschiffe in Schanghai

Schanghai, 9. Februar.

Am Dienstag trafen zwei weitere japanische Zerstörer sowie auch ein amerikanischer Zerstörer in Schanghai ein. Damit hat sich die Zahl sämtlicher im Schanghai Hafen befindlichen Kriegsschiffe aller Nationen auf 100 erhöht.

MIßglückt!

Schanghai, 10. Februar.

Nach einer Meldung der chinesischen Agentur Gomyn ist der Landungsversuch der japanischen Truppen an einem ungeschützten Ort bei Wusung durch chinesische Truppen vereitelt worden. Die chinesischen Truppen zwangen die Japaner durch starkes Maschinengewehrfeuer, auf die Landung zu verzichten. Die Japaner wollen nunmehr weitere Kriegsschiffe zusammenziehen, um einen neuen Versuch zu unternehmen.

Abbruch der englisch-russischen Handelsbeziehungen?

Moskau (über Kowno), 10. Februar.

In der letzten Zeit laufen Gerüchte um, wonach die britische Regierung beabsichtigen soll, das Handelsabkommen mit der Sowjetunion alsbald zu kündigen. Von russischer amtlicher Seite wird dazu erklärt, daß eine amtliche Mitteilung darüber bisher weder bei dem russischen Botschafter in London noch bei dem Außenkommissar eingelaufen sei. Falls sich die britische Regierung zu einem solchen Schritt entschließen, wäre die Sowjetregierung gezwungen, entsprechende Änderungen ihrer Warenaufträge vorzunehmen. Im übrigen sei eine Klärung dieser Angelegenheit erst nach der Rückkehr des russischen Botschafters Sokolnikow aus Genf zu erwarten.

Politischer Mord in Tokio

Tokio, 9. Februar.

Der frühere japanische Finanzminister Inouye wurde hier heute um 8 Uhr abends Tokioer Zeit das Opfer eines Revolverattentates. Der Minister wurde durch drei Revolvergeschüsse eines noch unbekanntem Täters schwer verletzt und erlag kurz darauf seinen Verletzungen.

Der Mörder wurde sofort nach dem Anschlag auf der Straße verhaftet. Der Grund des Anschlags ist noch nicht bekannt. Bereits im vergangenen Mai wurde auf das Haus von Inouye ein Anschlag mit einer Dynamitbombe verübt. Der Minister war jedoch damals abwesend.

Geschäft wird nicht gestört

Washington, 9. Februar.

Der Auswärtige Ausschuß des Repräsentantenhauses vertagte bis auf weiteres die Prüfung eines Antrages, der das Verbot der Waffenausfuhr nach kriegführenden Ländern enthielt.

Kommunistenverfolgung in Uruguay. Die Regierung von Uruguay hat dem Präsidenten Dr. Terra außerordentliche Vollmachten verliehen, um den immer bedrohlicher werdenden Werbefeldzug der Kommunisten zu unterdrücken. Die Truppen befinden sich in Alarmzustand. Alle kommunistischen Parteilokale wurden durchsucht und geschlossen. Der Führer der Kommunisten, Saravia, wurde festgenommen.

Die Zechen-Magnaten fordern

Berlin, 9. Februar.

Kürzlich hat der Bergarbeiterverband die für die Behebung der Schwierigkeiten im Bergbau einzig mögliche Forderung, die auf Verstaatlichung der gesamten Bergbauwirtschaft gestellt. Die Wünsche und Interessen von Kapital und Arbeit stoßen hart aufeinander, wie sich aus den gleichzeitig veröffentlichten Forderungen ergibt, die der Ruhrbergbau an die Regierung stellt. Zur Abwehr der englischen Konkurrenz verlangen die Bergbaumagnaten: Verminderung der Einfuhrkontingente um zwei Drittel, Einführung eines Valutazolls von 30 Prozent und weitere Senkung der Frachten.

Diese Forderungen gehen völlig am Wesentlichen vorbei. Die Absatzschwierigkeiten für deutsche Kohle beruhen keineswegs allein auf dem englischen Dumping, sondern auf dem Preisdruck auf dem Weltmarkt, der weder durch schärfere Kontingentierung der Einfuhr noch durch Zollerhöhungen beseitigt wird. Im Gegenteil werden durch diese Maßnahmen die Schwierigkeiten weiter verschärft, denn die englische Konkurrenz muß sich auf anderen Exportmärkten umso mehr fühlbar machen, wenn die englische Kohle vom deutschen Markt durch diese Maßnahmen verdrängt wird. Wenn die Regierung, d. h. der Reichskohlenkommissar den Forderungen des Zechenkapitals nachgeben würde, würden neue handelspolitische Komplikationen die einzige Folge sein. Dem Bergbau würde nicht geholfen werden, dafür würden aber eine große Anzahl anderer Wirtschaftszweige gleichfalls die Forderung auf Einführung der Valutadumpingzölle erheben, also die handelspolitische Unsicherheit steigern.

Eine Absatzsteigerung im Inland kann nicht durch Zollerhöhung und Kontingentierung erreicht werden, sondern allein durch eine Anpassung der Preise an den Weltmarktpreis und an die Kaufkraft der inländischen Konsumenten. Daß die Bergbauinteressenten diese Lösung ablehnen, geht klar aus ihrem Organ, der „Deutschen Bergwerkszeitung“, hervor, die zu diesem Projekt schreibt: „Rücksichten auf die inländischen Verbraucher deutscher Kohle darf und kann es nicht geben“.

Dabei müssen sie sehen, wie sie immer tiefer in die Sackgasse geraten und trotz skrupelloser Ausbeutung der Arbeiterschaft den Apparat nicht mehr flott machen können. Die Forderungen, die sie stellen, beweisen nur, daß der einzige Ausweg aus der Wirtschaftsnöte der vom Bergarbeiterverband gewiesene ist. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich hinter seine Parole sammeln und ihre ganze Macht dafür einsetzen, daß die Regierung die Forderungen des Ruhrkapitals ablehnt. Vom Verband der Bergarbeiter selber vernehmen wir, daß er hinter seine eigene Forderung den größten Druck und die größte Energie setzt. Anders würde er Gefahr laufen, nicht mehr Ernst genommen zu werden.

Wirkungsvoller Streik

Der Streik der Ausländer und Leichterarbeiter im Hafen von London, der ohne eine Aussicht auf Beilegung nun schon die sechste Woche andauert, hat zu einer ersten Behinderung des Handels und der Industrie geführt. Die Verhandlungen sind auf dem toten Punkt angelangt, und beide Parteien bestehen starr auf ihren Forderungen. Die Handelskammer von London ersucht die Regierung heute in einem Schreiben, Schritte zu ergreifen, um während des Streikes den Verkehr von Lebensmitteln im Hafen von London zu sichern. Sie teilt mit, daß die große Zuckerfabrik Tate and Lyle Ltd., die einen großen Teil des Landes mit Zucker versorgt, durch die Stockung im Hafen gezwungen sein würde, den Betrieb am Sonnabend einzustellen.

Lohnsenkung mit blauen Bohnen

Bukarest, 10. Februar.

Zwischen Arbeitern der Eisenbahnwerkstätte, die gegen eine bevorstehende Lohnsenkung protestierten, und der Polizei kam es gestern abend zu heftigen Zusammenstößen. Von beiden Seiten wurden Schüsse abgegeben, durch die zwei Arbeiter Verletzungen davontrugen. Die Ruhe wurde durch Gendarmerieverstärkungen wiederhergestellt.

Die Einfuhrpläne Rußlands

WTB. Moskau, 9. Februar.

Das Wirtschaftsblatt Sa Industrialisaziju, das Organ der Schwerindustrie, befaßt sich heute mit der viel diskutierten Frage, inwiefern das Bestreben, die Industrie vom Auslande unabhängig zu machen, eine Einschränkung der Einfuhr bedinge. Die Sowjetunion — so fährt das Blatt fort — wolle nur dem überflüssigen Import Einhalt tun, dagegen die rationelle Einfuhr wie bisher gestatten. Die Handelsbeziehungen mit dem Auslande sollten erweitert werden. Es handele sich nur darum, die „Assortierung der einzuführenden Gegenstände zu ändern“. Die Sowjetunion wolle in den gegenseitigen Beziehungen mit der kapitalistischen Welt Herr der Lage sein, soweit ihre Interessen gewahrt werden müßten. Offenbar soll es sich darum handeln, ein Ueberhandnehmen der Anforderungen von Einfuhrlicenzen abzubremsen.

Arbeiterkorrespondenz:

Wenn zwei dasselbe tun . . .

Irgendwo in Deutschland ist ein Betrieb, ein Handelsunternehmen meinetwegen, mit gegen 100 Angestellten und einigen Arbeitern. Die Belegschaft ist restlos gewerkschaftlich organisiert.

Durch irgendwelche Ereignisse, die bei dieser Betrachtung keine Rolle spielen, gerät das Unternehmen in Schwierigkeiten. Die Belegschaft ist daran bis auf einen verschwindend geringen Prozentsatz unbeteiligt. Man berät, was zu tun sei. Männer kommen — die Lage des Unternehmens bessert sich nicht. Männer gehen und andere kommen — die Lage des Unternehmens bleibt wie sie war. Der einzige ruhende Pol in der Erscheinung flucht ist die Belegschaft, die ihre Pflicht tut, so gut sie es kann, mit dem, was zur Verfügung steht. Man nimmt ihr unter Bruch des Tarifs den Achtstundentag — sie murrst ein wenig, aber sie tut weiter ihre Pflicht. Man verlangt von ihr Opfer verschiedenster Art — sie bringt sie, um das Unternehmen zu erhalten, um nicht brotlos zu werden. Aber noch verhandelt man mit den zuständigen Stellen, Gewerkschaft und Betriebsrat, und in gemeinsamer Beratung findet sich immer wieder ein Ausweg. Der Betriebsrat macht Vorschläge, um dem bedrohten Unternehmen zu helfen — man mißachtet sie. Er wagt, an einzelnen Maßnahmen Kritik zu üben — man versucht, den Betriebsratsvorsitzenden aus dem Betrieb zu entfernen. Man schaltet den Betriebsrat aus, trifft Anordnungen, zu denen er seine Zustimmung geben muß, ohne ihn zu fragen. Man bringt es fertig, Aufsichtsratssitzungen abzuhalten, ohne die Delegierten des Betriebsrats — also Mitglieder des Aufsichtsrats — dazu einzuladen.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich — die Lage des Unternehmens wird dadurch nicht besser. Die Tarifverträge laufen ab — man weigert sich, neu abzuschließen. Die Gewerkschaft verhandelt — die Leitung des Unternehmens macht Vorschläge, die darauf zielen, das Risiko des Unternehmens einseitig den Arbeitnehmern aufzuerlegen. Die Gewerkschaft lehnt ab, weil ja auch in Zeiten der guten Konjunktur dem Arbeitnehmer eine entsprechende Entlohnung versagt werde. Die Verhandlungen sind ergebnislos.

Da versucht ein Beauftragter der Geschäftsleitung, selbst gewerkschaftlich organisiert, die Angestellten zu einem Verzicht auf tarifliche Bezahlung zu bewegen, einen Revers unterzeichnen zu lassen, der eine Bezahlung in dem bei den Tarifverhandlungen von Gewerkschaftsseite abgelehnten Sinne gutheißt. Er versucht das mit den verwerflichsten Mitteln, gemeiner Verleumdung, Lüge, Entstel-

lung, ja gar unter Drohung mit Entlassung. Ein kleinerer Teil der Belegschaft läßt sich einschüchtern, die überwiegende Mehrzahl bleibt fest. Es kommt doch noch zu einem Tarifabschluß.

T. versucht man weiter, Angestellte zum Unterschreiben dieses Reverses zu zwingen. Der Tarifvertrag läuft ab — neue Verhandlungen finden nicht statt. Eine Angestellte weigert sich, den Revers zu unterschreiben: am nächsten Tag wird sie gekündigt — wegen Untauglichkeit natürlich. Man erklärt: es wird gar nicht erst gefragt wegen der Bezahlung, wer nicht mitmacht wie wir wollen, der fliegt.

Das typische Bild des kapitalistischen Unternehmens, wird man sagen. Ausschaltung des Betriebsrates: wer denkt nicht an den Favag-Skandal? Ablehnung von tariflichen Vereinbarungen, sehnlichster Wunsch aller Unternehmer-Syndici, Traumbild Adolf Hitlers, nationalsozialistisches Ziel. Irgendein nationalsozialistisch verseuchter Privatkapitalist mit ausgesprochen reaktionären, diktatorischen Tendenzen.

Daneben geraten! Es ist kein privatkapitalistisches Unternehmen, wo solche Dinge geschehen.

Es ist ein Konsumverein, wo ungehemmte Herrschsucht verheerender Kapitalknechte solche Orgien feiert.

Es sind sozialdemokratische Parteimitglieder, die so handeln und Tag für Tag ihre eigenen Forderungen mit Füßen treten. Welche Perspektiven eröffnen sich der Arbeiterschaft, wenn solche Charaktere einmal im sozialistischen Staat Führer von Wirtschaftsunternehmen werden sollten?

Ihr haltet das nicht für möglich, glaubt, die sozialdemokratischen Funktionäre würden das nie zulassen? Ihr irrt wieder. Die Sozialdemokratische Partei kennt diese Zustände seit Monaten — und unternimmt nichts, sie zu ändern.

Wahrlich, solche Menschen verdienen, öffentlich mit Namen genannt zu werden, damit jeder überzeugte Sozialist, jeder ehrliche Arbeiter mit Verachtung auf sie blickt.

Wenn wir schweigen, dann nur mit Rücksicht auf die Genossens-Versäufsidee, die von solchen Leuten zwar verzerrt, zwar beschmutzt, zwar in Mißkredit gebracht werden kann — das Gute an ihr wird sich aber doch durchsetzen. Nur eins ist nötig dazu: rücksichtsloser Kampf gegen alle, die dem im Wege stehen. Kampf im Sinne des Wortes August Bebel's:

Arbeiter, seht Euch Euere Führer an!

Fusion Danat und Dresdner?

Berlin, 10. Februar

Die ersten Verhandlungen, die Brüning nach seiner Rückkehr aus Genf aufnimmt, gelten der Bereinigung des Bankproblems. Schon diese Feststellung beleuchtet die außergewöhnliche Dringlichkeit und Bedeutung dieses Problems. In der Tat sind die jetzt herrschenden Zustände unhaltbar geworden. Die Ungewißheit über das Schicksal der Danatbank wirkt lähmend auf das ganze Bankgeschäft. Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung einer Lösung sind seit geraumer Zeit im Gange, ohne daß bis dahin ein greifbares Resultat erzielt wurde. Nunmehr scheinen diese aber zu einem gewissen Abschluß gelangt zu sein. Die Lösung soll in der Weise erfolgen, daß die gekrachte Danatbank mit der Dresdner Bank, an der das Reich bekanntlich maßgeblich beteiligt ist, verschmolzen wird. Jedenfalls hat der Kreditausschuß der Dresdner einer solchen Lösung grundsätzlich die Zustimmung erteilt. Zu diesem Zwecke bedarf es zuvor aber noch einer gründlichen Bereinigung der

Bilanzen der beiden fusionierenden Unternehmen und einer entsprechenden Zusammenlegung ihrer Aktien. Das schließt naturgemäß entsprechende Verluste der Aktionäre ein, und man versteht daher das Bestreben, diese Verluste möglichst knapp zu halten. Es wird denn auch bereits ganz offen angedeutet,

daß das Reich mit sehr erheblichen Mitteln einspringen

müßte, um die Lösung in dem angestrebten Sinne zur Durchführung zu bringen. Die Summe selbst wird vorläufig noch verschämt verschwiegen, es ist aber offenkundig, daß das begriffliche Interesse der Reichsregierung an einer endlichen Bereinigung des Bankproblems bewußt dazu benutzt werden soll, die Aktionäre und Gläubiger der Bank und namentlich der Danatbank auf Kosten des Reichs zu schonen und daß hier eine Plebe-Sozialisierung in allergrößtem Maßstabe inszeniert werden soll, eine Lösung, die in der breiten Öffentlichkeit allerschärfste Proteste auslösen müßte.

Die siamesischen Zwillinge



„Es soll der Hauptmann mit dem Hauptmann gehen . . .“ Denn beide wohnen im Großen Schauspielhaus Berlin. Bei einer Festveranstaltung für die Berliner Winterhilfe, in der man sich in schillernden Seidenroben zum Besten der hungernden Arbeitslosen vergnügte, war man so geschmackvoll, nebeneinander zu — hoffentlich nicht — verewigen: Gerhart Hauptmann, Helene Thimig, Max Reinhardt, und — den Feldhauptmann General von Seckt. Wohl bekomms den Armen . . .

Die Stellung der Reichsbahnbeamten

30 000 Beamte zuviel befördert, 25 000 Beamte zuviel vorhanden!

Von P. K. A.

Die rechtliche Stellung der Reichsbahnbeamten gegenüber den Reichsbeamten ist seit Bestehen des Reichsbahn-Gesetzes sehr umstritten. Doch ist die eigne Einstellung der Reichsbahnbeamten wohl das gefährlichste Moment bei ihrer rechtlichen Stellung als berufliche Reichsbeamte. Darum wird es diesen so lange nicht besser gehen, als sie in ihrer Gesamtheit nicht erkannt haben, daß sie eben Arbeitnehmer sind. Arbeitnehmer schlechthin als Reichsbahnbeamte und auch als Reichsbeamte. Hier Arbeitnehmer der Reichsbahn, dort Arbeitnehmer der Reichsregierung. Beide Arbeitgeber sind Auftragsausführende des Kapitals und von diesem abhängig. „Wohlerworbenen Rechte“ gibt es nur so lange, als es den wirklichen Herrschern notwendig erscheint. Und der Zeitpunkt ihrer Beseitigung scheint nicht fern zu sein. Denn eine Regierung, die auftragsgemäß das Tarifrecht durchbricht, ein Recht, vor dem angeblich wie ein Schutzwall die gesamte politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft steht und das erkämpft wurde mit ungeheuren Opfern in jahrzehntelangen Kämpfen, wird vor den weit weniger geschützten „wohlerworbenen“ Beamtenrechten nicht halt machen. — Wenn es die Zeit und der Wille des Kapitals erfordert.

Dieser Wille aber wird sich aus der fortschreitenden technischen Entwicklung der Wirtschaft und deren Verbundenheit mit den Beamtentätigkeiten ergeben. Daß in der jüngsten Vergangenheit hier schon fühlbare Angriffsflächen vorhanden waren, wird nicht bestritten werden. Daß aber dieser Angriff verstärkt wird, das lehren uns die

Vorbereitungen im Lager der Klassegegner und unsere marxistische Erkenntnis.

Der Kapitalismus von heute kann das in Deutschland so stark ausgeprägte Berufsbeamtentum nicht mehr ertragen und führt deshalb seinen Abbau durch. Und dieser Abbau des Berufsbeamtentums macht nicht halt vor den sogenannten wohlerworbenen Rechten, gleichviel, ob es sich um Reichs-, Staats- oder Gemeinde-, Post- oder Bahnbeamte handelt. Sie alle müssen ein Stück nach dem andern hergeben, bis

nur noch die Lohnform

sie von den Lohnarbeitern unterscheidet.

Bei den Reichsbahnbeamten ist in naher Zukunft ein neuer, einschneidender Schritt in dieser Richtung zu erwarten. Der Hauptbeamtenrat bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn hat in einer jüngst abgehaltenen Sitzung zu diesen Dingen Stellung genommen. Es sollen, nach den Mitteilungen, die hier gemacht wurden, zur Zeit

30 000 Bahnbeamte zu hoch eingestuft und außerdem noch 25 000 Beamte überhaupt zu viel

sein. Das bedeutet, daß erstens eine Neubeförderungssperre unvermeidlich ist, und zweitens, daß eine neue Anstellungssperre kommen wird. Das bedeutet ferner, da ja durch die Neuordnung der Anstellungsverhältnisse bei der Reichsbahn die 40-Jahresaltersgrenze eingeführt wurde, daß es auf absehbare Zeit aussichtsreiche Anwärter überhaupt nicht mehr gibt. Es werden daher in absehbarer Zukunft die unteren Beamtenstellen von Arbeitern eingenommen werden, da ja ohne zwingende Not Anwärter, die die 40-Jahresgrenze überschritten haben, nicht von ihrem Beamten-Dienstposten entfernt werden sollen.

Und bist Du nicht willig . . .

Obligatorisches Notopfer für die „Eiserne Front“

Der Bundesvorstand des ADGB hat an sämtliche Vorstände der Freien Gewerkschaften ein von Walther Maschke unterzeichnetes Rundschreiben gesandt, in dem zur Erhebung eines Notopfers für die „Eiserne Front“ aufgefordert wird. Soweit die Gewerkschaftsführer selbst das Bedürfnis empfinden, Notzuopfern, soll ihnen das gewiß unbenommen sein. Etwas ganz anderes ist es aber, wenn von den Funktionären und Angestellten der Arbeiterbewegung ein „obligatorisches Notopfer“ gefordert wird, das der nUterzeichnete mit den Beiträgen zusammen einkassieren soll.

Einen solchen Beschluß zu fassen, haben die Gewerkschaftsvorstände keinerlei Recht. Den Freien Gewerkschaften gehören eine große Anzahl Funktionäre und Angestellte der Arbeiterbewegung an, die eine „Eiserne Front“ mit der Regierung und anderen Feinden der Arbeiterklasse strikt ablehnen und sich mit ganzer Kraft für die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront gegen Faschismus und Halbfaschismus einsetzen. Von ihnen kann keinerlei obligatorisches Notopfer gefordert werden. Sie werden sich auf Grund der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften weigern, eine Sache zu unterstützen, die ihrer politischen Ueberzeugung auf das Entschiedenste widerspricht. Die „Eiserne“ wird sich vergeblich bemühen, diese Genossen mit Gewalt in die Reihen hineinzupressen.